

Protokoll

des Grossen Gemeinderates von Spiez

Sitzung Nr. 192 vom 27. November 2006, 14.00 Uhr,

im Gemeindesaal Lötschberg, Spiez

Vorsitz		Nyffenegger Ulrich
Anwesende Mitglieder	EDU	Gradwell Barbara Schmid Rudolf
	EVP	Bärtschi Godi Bürki Andreas Kiener Markus
	FDP	Gurtner Urs Hautle Ernst Lanz Daniel Sennhauser Franz
	FS	Hürlimann Christoph Indermühle Theres Schafroth Gerhard
	GFL	Aegerter Klaus Büchi Anna
	JL	Keiser Nadja
	SP	Baumann Eliane Grandjean Irma Hauck Annina Holderegger Walter Knöpfel René Nelles Joachim Niklaus Stefan Nyffenegger Ulrich Thöni Astrid Zybach Ursula
	SVP	Briggen Willi Brunner Jolanda von Känel Kurt Kislig Peter Maibach Urs Marty Daniel Mühlematter Christine Müller Paul Roe Marianne

Anwesend zu Beginn	34 Mitglieder; der Rat ist beschlussfähig	
Jugendrat	Zimmermann Philipp Dunkelmann Daniel	
Sekretär	Sigrist Konrad	
Protokollführer	Zürcher Adrian	
Presse	Peternell Svend Lauper Guido	Berner Oberländer / Thuner Tagblatt
ZuhörerInnen	ca. 10 Personen	
Vertreter Gemeinderat	Arnold Franz, Gemeindepräsident Brenzikofer Klaus Erni Ursula Frei Kurt von Känel Jacqueline Kocherhans Stefan (ab 15.20 Uhr) Zaugg Christian	SP SVP EVP SP SP FDP FS
AbteilungsleiterIn	Christen Stefan, Finanzverwalter Heiniger Renato, Polizei-Inspektor Mäder Ernst, Steuerverwalter Mühlematter Martin, Bauverwalter Müller Therese, Leiterin Soziale Dienste Steffen Ernst, Leiter AHV-Zweigstelle	
Entschuldigungen	Hauck Bernhard (beruflich abwesend) Hürlimann Evi (anderweitige Sitzung)	SP FS

Eröffnung

Der Vorsitzende begrüsst die Mitglieder beider Räte, die Vertreter der Medien, die Vertreter des Jugendrates, den Sekretär, den Protokollführer, die Abteilungsleiter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer zur 192. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Spiez.

Weitblicke

Er möchte nicht nur einen Rückblick auf das GGR-Jahr machen, sondern auch noch ein wenig in die Zukunft blicken. Wenn man in die Zukunft blicken will, muss man zuerst die Vergangenheit betrachten.

„Hundert Jahre nachdem wir gegangen und vergessen sind, werden die, die nie von uns gehört haben mit den Resultaten unseres Handelns leben müssen.“

Oliver Wendell Holmes, amerikanischer Richter

Anhand einer Power-Point-Präsentation präsentiert er Spiez in der Vergangenheit und stellt einige Visionen vor, wie Spiez in Zukunft aussehen könnte. Das übergeordnete Ziel ist eine nachhaltige Entwicklung, welche ein ganzheitliches Handeln in allen Bereichen (Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft) beinhaltet. Es stellt sich jedoch die Frage, wohin diese Entwicklung in der Gemeinde Spiez gehen soll. Es braucht eine gemeinsame Strategie als Entscheidungsgrundlage, damit die Ziele erreicht werden können.

John F. Kennedy sagte bereits:

„Wenn man sich einig ist, gibt es wenig, das wir nicht können,
wenn wir uns nicht einig sind, gibt es wenig, das wir können.“

Er wünscht sich aus diesen Gründen mehr Weitblicke für die Gemeinde Spiez. Dies könnte auch mit einem Aussichtsturm auf dem Hondrichhügel erreicht werden.

T r a k t a n d e n l i s t e

1. 100/06 Protokoll der Sitzung vom 11. September 2006
2. 101/06 Gemeindeliegenschaft Regezhaus / Ausbau/ Verpflichtungskredit von netto Fr. 660'000.--
3. 102/06 PvB Niesen / Ausgliederung / Genehmigung Vertrag
4. 103/06 Gemeindevoranschlag 2007
 - a) NPM / Produktdefinitionen
 - b) Gemeindevoranschlag 2007
5. 104/06 Reglement Spezialfinanzierung Bewirtschaftung Gemeindewälder
6. 105/06 Uferschutzplan Nr. 8, Einigen - Tellergut West / Verabschiedung z. H. Volksabstimmung
7. 106/06 Informationen des Gemeindepräsidenten
8. 107/06 Einfache Anfragen
 - a) Beantwortung der EA U. Gurtner (FDP) betr. Belag Kronenplatz
 - b) Neue Einfache Anfragen
9. 108/06 Behandlung parlamentarischer Vorstösse
 - Überparteiliche Motion (J. Brunner) betr. Bildung und Kultur im Fausterhaus
- 10.109/06 Neueingänge parlamentarischer Vorstösse
- 11.110/06 Wahlen
 - a) Kulturkommission / Ersatzwahl
 - b) Ratsbüro GGR für das Jahr 2007
 - c) Geschäftsprüfungskommission
 - Ersatzwahl SP
 - Präsidium und Vizepräsidium für das Amtsjahr vom 1. Februar 2007 - 31. Januar 2008
- 12.111/06 Beiträge aus dem freien Ratskredit GGR

- mission21; Hilfe für misshandelte Frauen in Bolivien	Fr. 10'000.--
- Biovision; Projekte gegen Malaria in Afrika	Fr. 5'000.--
- vivamos mejor; Hilfe in Lateinamerika	Fr. 5'000.--

V e r h a n d l u n g e n

100 P Protokoll**Protokoll der Sitzung vom 11. September 2006**

Das Protokoll wird genehmigt.

Klaus Aegerter dankt für die Gedenkminute anlässlich der letzten Sitzung für seine verstorbene Tochter. In der schweren Zeit hat ihnen jedes Zeichen der Anteilnahme geholfen.

101 8.401 Gemeindeliegenschaften**Gemeindeliegenschaft Regezhaus / Ausbau / Verpflichtungskredit von netto Fr. 660'000.--****Ausführungen des Gemeinderates**

Kurt Frei: Die Geschichte dieses Geschäftes beginnt mit dem Brandfall an der Asylstrasse 1. Der Gemeinderat hat beschlossen, auf diesem Grundstück keinen Neubau zu erstellen. Der Standort ist ideal gelegen und dient als strategische Landreserve. Die Vorgaben der Gebäudeversicherung sind klar. Es muss eine Liegenschaft saniert oder neu gebaut werden, welche eine gleiche oder ähnliche Nutzung aufweist (Mietnutzung). Dies hat die Liegenschaftsverwaltung veranlasst, nach einer geeigneten Liegenschaft Ausschau zu halten. Man hat sich für die Regezliegenschaft entschieden, welche als schützenswert eingestuft ist. Längerfristig wäre eine Sanierung so oder so angestanden. Der Gemeinderat hat anlässlich einer Begehung entschieden, dass nicht wie ursprünglich geplant nur der Dachstock, sondern auch noch das 1. Obergeschoss saniert werden soll. Im Dachgeschoss soll eine moderne, zweckmässige Wohnung mit mehreren Zimmern und einer Galerie eingebaut werden. Im 1. Obergeschoss wird eine 5 ½-Zimmer Wohnung im heutigen Standard geplant. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass mit der Investition in diese Liegenschaft Substanzerhaltung am gesamten Objekt betrieben und andererseits der von der Gebäudeversicherung in Aussicht gestellte Betrag dem Zweck entsprechend investiert wird. Man ist überzeugt, dass die Wohnungen an dieser strategischen Lage gut vermietet werden können. Im Vorfeld tauchte die Frage nach dem Minergiestandard auf. Das Minergielabel kann nach Einholung von Erkundigungen nicht erreicht werden. Für die Erreichung des Minergiestandards wäre mit Mehrkosten von Fr. 40' - 50'000.-- zu rechnen. Es müsste eine kontrollierte Lüftung eingebaut werden. Es müssten auf jedem Geschoss Einzelgeräte eingebaut werden. Für eine eingebaute Lüftung müssten die Decken herabgehängt werden. Diese sind im Projekt nicht vorgesehen, da sehr schöne und erhaltenswerte Dachuntersichten vorhanden sind. Belüftungskanäle wären sichtbar und würden ästhetisch wohl nicht sehr schön aussehen. Der Gemeinderat hält deshalb an seinem Antrag fest. Im Gegensatz zum Kostenvoranschlag werden die Fenster im 1. OG ersetzt (Fr. 34'400.--).

Stellungnahme der GPK

Theres Indermühle: Die GPK hat das Geschäft eingehend geprüft und das Regezhaus im heutigen Zustand angeschaut. Der zugesicherte Betrag der Gebäudeversicherung von Fr. 708'000.-- soll voll ausgeschöpft werden. Am strategisch günstigen Platz an der Asylstrasse 1 soll kein Neubau mit Mietwohnungen entstehen. Es ist keine andere gemeindeeigene Wohnliegenschaft vorhanden, bei welcher die Auflagen der Gebäudeversicherung erfüllt werden. Das Projekt für die zwei sehr schönen, speziellen Wohnungen ist gut. Der Ausbau der Wohnungen im schützenswerten Regezhaus ist teuer. Für die Gemeinde handelt es sich aber um ein gutes Geschäft, da die Wohnungen zu einem guten Mietzins vermietet werden können.

Nach Auskunft der Liegenschaftsverwaltung sollte dies kein Problem darstellen. Der Bau muss Ende 2007 bei der Gebäudeversicherung zur Schätzung angemeldet sein. In der GPK gab die Wahl des Architekturbüros zu reden. Es hat kein Wettbewerb stattgefunden. Das Architekturbüro Höhn und Partner hat den grossen Auftrag erhalten. Es gibt gute Gründe für die Wahl. Die GPK hat trotzdem nicht ein ganz gutes Gefühl und regt deshalb im Sinne der Transparenz an, eine Liste der Bauvorhaben und der gewählten Architekten zu führen und dies als Indikator in das NPM-Produkt Liegenschaften des Finanzvermögens einzubauen. Die GPK beantragt, dem Geschäft zuzustimmen.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten

Fraktionssprecher

Paul Müller (SVP): Die SVP-Fraktion hat das Geschäft eingehend besprochen und kann diesem zustimmen. Es ist sinnvoll und richtig, dass die Gelder aus dem Brandfall Asylstrasse 1 wieder in ein Gebäude in unmittelbarer Nähe investiert werden. Das Projekt ist umfangreich. Die im Kostenvoranschlag angegebenen Beträge basieren auf Offerten im Konkurrenzbereich. Einzig bei der Wahl des Architekturbüros wurde auf Konkurrenzofferten verzichtet. Im Rahmen der Gleichberechtigung aller Unternehmen würde es geschätzt, wenn in Zukunft auch hier die Konkurrenz spielen würde.

Daniel Lanz (FDP): Er erzählt folgende Geschichte: „Er hat in einer Schublade einen PKZ-Gutschein über Fr. 700.-- gefunden. Leider läuft dieser Ende Jahr aus. Er hat danach im PKZ einen schönen Anzug gesehen für Fr. 1'400.--. Er braucht diesen zwar nicht, aber wenn er ihn nicht kauft, verfällt der Gutschein. Für die restlichen Fr. 700.-- muss er vielleicht einen Kredit aufnehmen. Dafür hat er auf der anderen Seite einen schönen Anzug, welchen er sich sonst nicht geleistet hätte. Er wird diesen zwar nicht benötigen und er hängt deshalb im Schrank. Es fragt sich, ob er nicht besser nur einen Kittel gekauft hätte.“ Zurück zum Geschäft. Die Gebäudeversicherung zahlt ca. Fr. 700'000.--, die Gemeinde zahlt rund Fr. 1.4 Mio. Fr. 660'000.-- bezahlt die Gemeinde selber für eine Investition, welche nicht nötig ist. Die Investition ist nicht nötig, da sie eine schlechte Rendite bringt. Bei der zusätzlichen Berücksichtigung der Amortisation kann festgestellt werden, dass das Geld nicht gut angelegt ist. Die FDP-Fraktion verlangt deshalb folgende Variantenabstimmung :

- Kein Ausbau (Verfall der Gelder der GVB)
- Ausbau Dachgeschoss ohne 1. OG
- Vollversion (Antrag Gemeinderat)

Christoph Hürlimann (FS): Die FS-Fraktion hat auch festgestellt, dass die Kosten sehr hoch sind und die Lösung im Luxusbereich liegt. Die Kosten sollten deshalb optimiert und das Projekt wie vorgeschlagen realisiert werden. Eventuell aber mit anderen Vorgaben im Ausbau. Es ist nicht so einfach nur das Dachgeschoss auszubauen, da das Obergeschoss eine andere Erschliessung benötigt. Es wurde festgestellt, dass die Nasszellen nicht übereinander liegen. Dies verteuert das Projekt. Die FS-Fraktion unterstützt das vorliegende Projekt mit gewissen Korrekturen.

Allgemeine Diskussion

Gerhard Schafroth: Er spricht sich im Gegensatz zu seiner Fraktion gegen das Projekt aus. Es handelt sich um ein Renditeobjekt und die Rendite beträgt brutto rund 2.4 %. Dabei handelt es sich nur um die Renovationen (Land und Gebäude nicht miteingerechnet). Er hat mit

zwei Architekten gesprochen, welche das Gebäude kennen. Diese sprachen sich eher für eine Renovation aus. Die Renovationskosten müssen amortisiert werden. Die Sanierung soll wegen dem zugesicherten Betrag der Gebäudeversicherung ausgeführt werden. Wir haben kaum eine andere Wahl. In Zukunft sollte man als GGR-Mitglied ein wenig mehr Freiheit haben, als nur Ja oder Nein sagen zu können. Die Rendite sollte doch etwas höher sein als vorgeschlagen.

Klaus Aegerter: Er hat einen kurzen Einwand gegen den Minergiestandard. Man könnte auch den Minergiestandard auch für ein Geschoss erreichen. Manchmal ist es so, dass der alte Anzug bereits an den Ellbogen etwas durchgescheuert und nicht mehr in einem guten Zustand ist. Dann wäre es manchmal nützlich, einen neuen Anzug zu haben. Wenn die Liegenschaft in nächster Zeit so oder so saniert werden muss, ist es klar, dass man sich den Anzug bereits jetzt leisten kann.

Godi Bärtschi: Er hat bei den zuständigen Stellen abgeklärt, unter welchen Voraussetzungen der Minergiestandard erreicht werden kann (Zertifizierungsstelle Minergie). Das Gebäude kann nur als Ganzes beurteilt werden (vier Wohneinheiten). Sonst kommt der Minergiestandard nicht in Frage. Das Gebäude muss ohnehin einmal saniert werden, bevor es verlottert und auseinander fällt. Eine massvolle, schonende Sanierung ist deshalb angezeigt, damit die Baukultur des Gebäudes erhalten bleibt.

Ulrich Nyffenegger: Er wechselt kurz die Seiten, da er beim Kanton zuständig für Minergie ist. Es ist möglich, Teile eines Gebäude zertifizieren zu lassen. Er hat dies mit der Zertifizierungsstelle besprochen. Im Moment ist dies noch möglich. Im nächsten Jahr wird die Praxis aber ändern.

Urs Gurtner: Den Gutschein sollte man nicht verfallen lassen, aber nicht um jeden Preis. Der Vorschlag der Liegenschaftsverwaltung liegt offenbar pfannenfertig in der Schublade. Es ist deshalb nicht begreiflich, warum dem Parlament keine Variante präsentiert wird. In den Legislaturzielen steht, dass die Strategie der Deinvestitionen bei den Gemeindeligenschaften mit schlechter Rendite verfolgt werden soll. Es passt schlecht, dass Teile des Löttschbergzentrums verkauft werden könnten und hier wird so viel Geld in eine denkmalgeschützte Altliegenschaft investiert, welche gleichwohl nicht gesamtsaniert wird. Im Parterre wird nämlich nichts saniert. Die Begründung das Geld mit einer Bruttorendite von 2.38 % sei gut investiert und entlaste die laufende Rechnung (Fr. 32'000.-- = 0.04 % des Aufwandes der laufenden Rechnung). Dies entspricht nur einem Tropfen auf den heissen Stein. Es ist sehr fraglich, ob die Wohnungen zu diesem Mietzins vermietet werden können. Er hat lieber „den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach.“ Er kann deshalb dem Zusatzkredit nicht zustimmen.

Ulrich Nyffenegger erklärt, dass Variantenabstimmungen nur dann möglich sind, wenn dies vorgängig so vorgesehen ist. Es stellt sich die Frage, ob der Antrag der FDP dahin zielt, nur das Dachgeschoss ausbauen zu lassen.

Daniel Lanz: Er ist der Ansicht, dass das Projekt nur den Dachstock auszubauen pfannenfertig vorliegt. Wenn dies zutrifft, könnte darüber diskutiert werden.

Kurt Frei: Dem Kostenvoranschlag kann entnommen werden, dass der Ausbau des Dachgeschosses Fr. 882'000.-- plus Fr. 48'000.-- für Baunebenkosten beträgt.

Daniel Lanz: Statt einer Variantenabstimmung stellt er den Antrag, dass nur die Gesamtinvestitionen für den Dachausbau von rund Fr. 930'000.-- in Betracht gezogen werden sollten. Abzüglich des zugesicherten Beitrages der GVB ergibt sich ein Nettokredit von rund Fr. 230'000.-- statt Fr. 660'000.--.

Auf den **Ordnungsantrag** von **Joachim Nelles** wird ein Sitzungsunterbruch beschlossen.

Pause von 14.50 - 15.00 Uhr

Franz Arnold: Es ist richtig ausgeführt worden, dass die Liegenschaftsverwaltung dem Gemeinderat einen Antrag auf die Sanierung des Dachgeschosses ohne 1. Obergeschoss unterbreitet hat. Der Gemeinderat hat anschliessend die Liegenschaft vor Ort angeschaut. Warum kam man dazu auch noch das 1. Obergeschoss in die Sanierung miteinzubeziehen? Wenn man die Liegenschaft kennt, weiss man, dass diese recht verschachtelt ist und zum Teil recht unkonventionelle Zu- und Aufgänge aufweist. Die Treppe vom Parterre in das 1. Obergeschoss ist durch eine Wand verschlossen. Der Aufgang erfolgt durch eine Querpassage in das 1. Obergeschoss. Die Wohnung im Dachgeschoss hat wiederum einen eigenen Eingang. Der Gemeinderat ist davon ausgegangen, dass die Regezliegenschaft auch in den nächsten 20 Jahren noch im Besitz der Gemeinde ist. Wenn man nur das Dachgeschoss ausbauen würde, kostet dies die Gemeinde brutto rund Fr. 970'000.--. Einem potenziellen Mieter müsste man also einen sonderbaren Zugang zu seiner neu renovierten Wohnung zumuten. Unter Berücksichtigung all dieser Aspekte kam der Gemeinderat zum Schluss, dem GGR eine Vorlage zu unterbreiten, welche das Regezhause als eine Einheit betrachtet mit einem Eingang und einem Treppenhaus für beide Wohnungen. Dies bedingt, dass auch die Wohnung im 1. Obergeschoss saniert wird. Es ist sinnvoll und richtig, auch noch die Zusatzkosten von Fr. 351'000.-- für die Sanierung des 1. Obergeschosses und die Fr. 34'400.-- für den Ersatz der Fenster in das Projekt miteinzubeziehen. Die finanziellen Aufwendungen sind durch Zinseinnahmen abgesichert. Die Wohnungen können zu diesen Bedingungen vermietet werden.

Stefan Niklaus: Die SP-Fraktion hätte ursprünglich den Antrag auf Minergiestandard stellen wollen. Es ist jedoch kaum möglich, diesen in dieser alten Liegenschaft zu erreichen. Es sollen jedoch beide Geschosse ausgebaut werden. Der Ausbau des Dachgeschosses für über Fr. 900'000.-- erscheint völlig überrissen. Die Sanierungsbedürftigkeit der Liegenschaft ist bekannt. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag des Gemeinderates.

Daniel Lanz: Die Budgetdebatte steht vor der Tür. Er beantragt deshalb, nur das Dachgeschoss auszubauen. Dies bedeutet Investitionskosten von brutto Fr. 974'000.--, abzüglich Fr. 708'000.-- der GVB. Dies ergibt einen Nettokredit von Fr. 266'000.-- oder gerundet Fr. 270'000.--.

Rudolf Schmid: Der Betrag schon nur das Dachgeschoss für fast eine Million Franken auszubauen ist viel. Deshalb stellt er den Antrag auf Rückweisung des Geschäftes, damit Alternativofferten eingeholt werden könnten.

Joachim Nelles: Er glaubt nicht, dass eine Rückweisung möglich ist, da ein gewisser Zeitdruck da ist. Das Geschäft sollte nun abgeschlossen werden, ansonsten gehen die Beiträge der GVB verloren. Es wäre konsequent, wenn die FDP-Fraktion auf den gesamten Gutschein verzichten würde.

Kurt Frei: Der Gemeinderat ist nicht ganz unschuldig an der Tatsache, dass man unter einem gewissen Zeitdruck steht, da auch noch das 1. Obergeschoss ins Projekt einbezogen wurde. Bis 31. Dezember 2007 muss die Sanierung abgeschlossen sein. Auf die Anregung der GPK ein Verzeichnis der gewählten Architekturbüros zu führen, kann ausgeführt werden, dass dieses bei der Liegenschaftsverwaltung vorliegt. Mit dem gewählten Architekturbüro wurden sehr gute Erfahrungen vor allem bei der Sanierung des Schulhauses Spiezmoos gemacht. Es ist eine Investition in die Zukunft. Die Liegenschaft kann wohl kaum verkauft werden. Die Rendite von Fr. 32'000.-- mag im Vergleich zum Gesamtbudget einen Klecks ausmachen. Das Projekt ist eine gute Sache und er ist überzeugt, dass man die entsprechenden Mieter finden wird.

Abstimmung

- Ø Der **Rückweisungsantrag** von **Rudolf Schmid** wird **mit grossem Mehr abgelehnt**.
- Ø Der **Antrag der FDP-Fraktion** nur das Dachgeschoss auszubauen mit Nettoinvestitionen von Fr. 270'000.-- wird mit **13 : 17 Stimmen abgelehnt**.

Beschluss (mit 18 : 12 Stimmen)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40.1 a) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Dem Projekt Ausbau Regezhause, Schlossstrasse 8, wird zugestimmt.
2. Hiefür wird ein Verpflichtungskredit von netto Fr. 660'000.— zulasten der Investitionsrechnung bewilligt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.
4. Nach Abschluss der Bauarbeiten ist die Kreditabrechnung dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.

102 1.700 **Gemeindepersonal/Verwaltungsabteilungen** **PvB Niesen / Ausgliederung / Genehmigung Vertrag**

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold: Das PvB Niesen bietet 71 Plätze für Stellenlose und 38 Plätze für Langzeitarbeitslose (BIAS-Plätze) an. Das PvB Niesen hat sich in den letzten 12 Jahren enorm entwickelt. Gemäss Vertrag mit dem Schweizerischen Arbeiterhilfswerk (SAH) werden 23 Mitarbeitende übergeben. Da der GGR für Stellenschaffungen zuständig ist, muss er auch bei Stellenausgliederungen begrüsst werden. Man musste feststellen, dass das PvB Niesen eine Dimension angenommen hat, für welche die Gemeinde Spiez nicht mehr die richtige Trägerschaft darstellt. Das SAH zählt die Beschäftigungsprogramme zu ihren Kernkompetenzen. Der Vorstand des SAH hat dem Vertrag betreffend Übernahme des PvB Niesen zugestimmt. Den Mitarbeitenden wurde kommuniziert, dass das SAH ein Arbeitgeber mit Gesamtarbeitsvertrag ist und die Entschädigungen mit der Gemeinde Spiez vergleichbar sind. Das PvB Niesen hat die Gemeinde bis jetzt nichts gekostet. Im Jahr 2006 muss damit gerechnet werden, dass die

Rechnung des PvB Niesen mit einem Defizit abschliessen wird. Eine externe Überprüfungs-firma hat die Rechnung begutachtet. Einige Programme waren anfangs Jahr schlecht ausgelastet. Diese Auslastungen haben im Verlauf des Jahres zugenommen. Es ist möglich, dass das Defizit bis Ende Jahr noch aufgefangen werden kann. Der Vorstand des SAH hat noch folgende Vertragsänderungen beantragt. Diese wurden mit dem Berater in Rechtsfragen, Dr. U. Friederich, besprochen und können aus Sicht der Gemeinde akzeptiert werden:

Ø Art. 10

Titel: „.....und unternehmerische Risiken“

Ø Art. 10 Abs. 3: zusätzlicher Satz am Schluss des Textes:

„Die Gemeinde haftet dem SAH Bern aber für Schäden aufgrund von Umständen, die zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Vertrags nicht bekannt waren und nachweisbar durch fehlerhaftes Verhalten vor dem 1. Januar 2007, insbesondere durch mangelhafte Planung, Budgetierung oder Wartung von Apparaten oder Einrichtungen, begründet sind.“

Ø Art. 11 **neu**

„Die Gemeinde bezeichnet eine mit dem PvB Niesen vertraute Person, die bis zum Abschluss der Umsetzung dieses Vertrags in der Projektorganisation mitwirkt und mithilft, all-fällige Probleme, soweit erforderlich durch Einbezug der Gemeinde, zu lösen.“

Ø Die nachfolgenden Artikel verschieben sich in der Rangfolge um 1 (12 wird zu 13, etc.)

Diese Änderungen werden dem GGR zur Annahme empfohlen.

Stellungnahme der GPK

Ernst Hautle: Es handelt sich um ein umfangreiches Geschäft. Wichtig zu wissen ist, dass das PvB Niesen ein Dienstzweig der Gemeinde Spiez ist. Die Arbeiten des PvB Niesen werden durch das beco mit rund Fr. 1.4 Mio. jährlich finanziert. Das Einzugsgebiet geht weit über die Grenzen der Gemeinde Spiez hinaus. Man hätte eigentlich schon lange reagieren und das Ganze auf eine andere Trägerschaft übertragen müssen. Die Gemeinde trägt das gesamte wirtschaftliche und betriebliche Risiko. Die Rechnung des PvB wird ordnungsgemäss durch das Rechnungsprüfungsorgan der Gemeinde Spiez geprüft. Die Information an die beteiligten Gemeinden ist erfolgt. Die Mitarbeitenden wurden ebenfalls informiert. Man darf davon ausgehen, dass die Standorte des PvB Niesen im Moment nicht in Frage gestellt sind. Die GPK beantragt, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten

Fraktionssprecher

Theres Indermühle: Die FS-Fraktion hat mit Freude festgestellt, dass der Überlastung der Sozialen Dienste mit Massnahmen wie dieser begegnet wird. Es gibt Institutionen wie das SAH, welche die Aufgaben von Beschäftigungsprogrammen übernehmen können. Die Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein Problem das die Gemeinde Spiez alleine betrifft. Aus diesem Grund macht eine regionale Zusammenarbeit Sinn. Die Vorlage wird deshalb durch die FS-Fraktion unterstützt.

Allgemeine Diskussion

Urs Gurtner: Die FDP-Fraktion begrüsst die Auslagerung des PvB Niesen. Als Einzelsprecher geht er davon aus, dass für die Gemeinde Spiez keine Nachteile oder erhebliche Mehrkosten entstehen. Zum Vertrag hat er folgende Fragen:

Artikel 3

Können die Zusicherungen betreffend öffentlich rechtliche Arbeitsverhältnisse sowie die Formulierung im Zusammenhang mit krankheitsbedingten Absenzen eingehalten werden? Wenn Nein, mit welchen Kosten ist für Lohnfortzahlungen und Abfindungen zu rechnen.

Artikel 10.1

Wie hoch sind die Abgeltungen für nichtbezogene Ferien und Überstunden?

Artikel 5

In welcher Grössenordnung sind die verschenkten beweglichen Sachen?

Artikel 9

Welche Vermögenswerte sind hier gemeint, die unentgeltlich an das SAH übergehen?

Franz Arnold: Beim PvB Niesen sind insgesamt 24 Beschäftigte angestellt (zwei davon öffentlich/rechtlich). Eine Person ist seit längerer Zeit krank. Das SAH hat ausgeführt, dass es diese Person nicht übernehmen kann. Bei dieser Person ist man am Abklären, welcher Weg nun zu beschreiten ist. Es wurde versucht, diese Person wieder einzusetzen. Dies ist leider nicht gelungen. Die Kosten, die der Gemeinde noch entstehen werden, können noch nicht beziffert werden. Es ist potenziell möglich, dass die Gemeinde noch Kosten aus diesem Arbeitsverhältnis tragen muss. Die Vermögenswerte gemäss Artikel 9 sind durch Gelder des Kantons für die Programmdurchführung angeschafft worden. Diese Infrastruktur ist im Grunde genommen im Besitz des Kantons, egal ob die Gemeinde oder das SAH Träger des Programms ist oder nicht. An den Eigentumsverhältnissen ändert sich nichts (z.B. Computer für CAD-Arbeitsplätze). Betreffend Überzeit- und Ferienguthaben erhielten die Mitarbeitenden eine Weisung, wonach Ferien und Überzeit bis Ende 2006 abgebaut sein müssen. Mit einzelnen Mitarbeitenden ist man noch im Gespräch und es zeichnet sich ab, dass die Gemeinde einen Betrag zwischen Fr. 3'000.-- bis 5'000.-- für Ferien und Überzeiten leisten muss, die bei ordnungsgemässer Erfüllung der Aufgaben nicht regulär kompensiert werden können.

Christoph Hürlimann: Er weist darauf hin, dass es bei der Haftungsfrage gemäss Art. 10.3 wichtig ist, dass die Beweisbarkeit in den Händen der Gemeinde Spiez bleibt (Unterlagen kopieren).

Beschluss (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40 der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Das PvB Niesen wird aus der Gemeindeverwaltung ausgegliedert und in das SAH Bern integriert.
2. Der Vertrag (mit vorstehenden Ergänzungen) zwischen der Einwohnergemeinde Spiez und dem SAH Bern wird genehmigt.

3. Die 230 Stellenprozente des PvB Niesen werden aus dem Stellenplan der Gemeinde Spiez gestrichen.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

103 8.100 Finanzplanung, Voranschlag

Gemeindevoranschlag 2007

a) NPM / Produktdefinitionen

b) Gemeindevoranschlag 2007

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold: Das Budget 2007 besteht noch nicht vollständig aus Produktgruppenbudgets gemäss NPM, da die flächendeckende Einführung wegen der Grundsatzdiskussion im GGR erst auf das Jahr 2008 erfolgt. Es sind 16 Produktgruppen im Budget integriert. Es verbleiben sieben Produktgruppen, welche im Jahr 2008 eingeführt werden. Die Einführung eines neuen Führungsmodells stellt eine grundlegende Veränderung dar. Es darf nicht aus den Augen verloren gehen, dass eine qualitative Verbesserung des jetzigen Zustandes angestrebt wird. Es ist nach wie vor das Ziel, dass möglichst alle Beteiligten in diesen Prozess eingebunden werden. Die Arbeitsgruppe Recht hat sich mit dem Thema befasst, in welcher Phase des Prozesses, welche Einflussnahmen bestehen. Es ist so, dass dieses „Mecano“ in nächster Zeit dem GGR zur Kenntnis gebracht wird. Die zentrale Frage ist, ob für jede gewünschte Änderung ein parlamentarischer Vorstoss eingereicht werden muss oder ob eine Änderung mittels eines einfachen Antrages möglich ist. Dem GGR steht das Recht zu in allen Bereichen Kommentare abzugeben und Änderungen zu verlangen. Wenn der GGR mit Standards oder Indikatoren nicht einverstanden ist, kann dies im Rahmen der Diskussion deponiert werden. Für eine Änderung eines Standards kann ein Antrag gestellt werden und braucht danach die Mehrheit, damit die Änderung vollzogen werden kann. Man muss aber aufpassen, da in vielen Fällen nicht einfach im Rahmen der Budgetdebatte Änderungen vorgenommen werden können, da die Detailbedeutung von geänderten Zielen nicht einfach so übernommen werden kann. Der Budgetprozess beginnt relativ früh im Jahr und endet mit der Beratung in der Finanzkommission, danach im Gemeinderat und schliesslich hier im GGR. Wir wissen, dass beim Überseedampfer Gemeinde nicht kurzfristig ein Kurswechsel eingeleitet werden kann. Die Gemeinde hat verschiedene Verpflichtungen und Verträge mit Dritten, welche nicht einfach so geändert werden können. Wenn die Folgen von gewünschten Änderungen bekannt sind, können diese auch rasch umgesetzt werden. Die Umlegung des traditionellen Budgets auf die Produktgruppen erfolgte nach den bisherigen Standards. Die Fragen zu den Produktgruppen werden durch die einzelnen RessortvorsteherInnen beantwortet.

Kurt Frei: Bei der Planung des Voranschlages 2007 galt es das Wünschbare vom Notwendigen zu trennen. Die Vorgaben des Gemeinderates wurden durch die budgetierenden Stellen eingehalten. Die Finanzkommission hat ergebnisorientiert gearbeitet, so dass der Gemeinderat nur noch kleinere Retuschen anbringen musste. Die Erläuterungen zum Voranschlag werden in folgende drei Themenbereiche gegliedert:

1. Die Zahlen
2. Was unternimmt der Gemeinderat
3. Finanzpolitische Zukunft

1. Die Zahlen

Die laufende Rechnung schliesst mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 118'200.-- ab. Die Investitionsrechnung sieht Nettoinvestitionen von Fr. 4.5 Mio. vor. Unter Berücksichtigung der Selbstfinanzierung von Fr. 2.7 Mio. beträgt der Finanzierungsfehlbetrag Fr. 1.8 Mio. Dies ent-

spricht einem Selbstfinanzierungsgrad von 60 %. Wenn die Investitionen der Spezialfinanzierung ausgeklammert werden, betragen die Nettoinvestitionen Fr. 1.82 Mio., die Selbstfinanzierung beträgt Fr. 1.88 Mio. Dies entspricht einem Selbstfinanzierungsgrad von 103 %. Der Selbstfinanzierungsanteil beträgt ca. 3.7 %. In den Legislaturzielen ist ein Selbstfinanzierungsanteil zwischen 8 - 12 % festgeschrieben. Der Selbstfinanzierungsanteil ist schwach und lässt für zusätzliche Investitionen keinen Platz. Die Lastenausgleichssysteme fressen einen immer höheren Anteil des Steuerertrags weg. In diesem Zusammenhang wird einmal mehr auf die sich markant öffnende Schere zwischen Steuerertragssteigerung und Abgaben in den Lastenausgleich hingewiesen. Seit dem Jahr 2002 haben die flüssigen Mittel (Cashflow) um rund Fr. 1.3 Mio. abgenommen. Bei einem Steuerertrag von Fr. 2'029.-- pro Einwohner, fliesen Fr. 1'038.-- in die Lastenausgleichsbereiche.

2. Was unternimmt der Gemeinderat

Diese Entwicklung hat den Gemeinderat veranlasst, eine Klausursitzung zum Thema Gemeindefinanzen abzuhalten. Es wurden unter anderem folgende Massnahmen beschlossen:

- Ø Alle Gebühren (ohne Spezialfinanzierungen) sind zu überprüfen.
- Ø Die Verwaltungsabteilungen überprüfen die Aufgaben und zeigen die Konsequenzen bei der Aufgabenerfüllung auf.
- Ø Der Bereich Unterhalt ist bei der Budgetierung 2007 zu überprüfen.
- Ø Überprüfen der Kadenz bei der Informatikbeschaffung.
- Ø Die Investitionen werden in den nächsten Jahren bei Fr. 2 Mio. plafoniert.

Aus der Aufstellung kann entnommen werden, dass der Gemeinderat die Zeichen erkannt hat und gewillt ist entsprechend zu handeln. Es wurden über 100 Stellenprozente nicht wieder neu besetzt. Die Nettoinvestitionen wurden im Investitionsplan 2007 - 2011 bei zwei Millionen (ohne Spezialfinanzierungen) eingefroren. Weiter wurden Projekte gestrichen oder zeitlich nach hinten verschoben.

Im Jahre 2007 sind folgende steuerfinanzierte Investitionen vorgesehen:

- Ø Uferweg Weekendweg (Fr. 362'000.--)
- Ø Sanierung Hauswirtschaft Schulanlage Längenstein (Fr. 300'000.--)
- Ø Sanierung Eingangsbereich/Garderoben Freibad (Fr. 230'000.--)
- Ø Verschiedene Strassensanierungen (Fr. 200'000.--)
- Ø Strassenplanung Allmendweg (Fr. 100'000.--)
- Ø Anschaffungen Maschinen, Fahrzeuge Werkhof (Fr. 100'000.--)
- Ø Projekte Ortsmarketing (Fr. 100'000.--)
- Ø Ortsplanungsrevision (Fr. 100'000.--)

Der Gemeinderat will weiter investieren, jedoch ohne Neuverschuldung.

3. Finanzpolitische Zukunft

In den Jahren 2008 - 2011 können ausser der Erschliessung Quellenhofweg und der Realisierung des Uferwegs Ländte - Weidli nur substanzerhaltende Investitionen getätigt werden. In den Jahren 2008 - 2011 werden die Auswirkungen von Steuergesetzrevisionen spürbar. Im Jahre 2008 muss mit einem Ertragsausfall in der Höhe von 4.3 % (ca. Fr. 1 Mio.) gerechnet werden und im Jahre 2010 mit 1.1 % (ca. Fr. 250'000.--). Es muss davon ausgegangen werden, dass die Steuerausfälle wegen der Steuergesetzrevision trotz besserer Konjunkturlage nicht aufgefangen werden können. Es müssen deshalb vermehrt Massnahmen angedacht werden, welche die Befindlichkeit der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen. Der Gemeinderat wird unpopuläre Entscheide treffen und hofft auf die entsprechende Unterstützung des Parlaments.

Auf Seite 75 des Voranschlages wird noch auf folgende Korrektur hingewiesen:

Finanzierung durch Steuern in % des Aufwandes

Ertrag 2007: ~~99.58 %~~ **0.42 %**

Aufwand 2006: ~~101.34 %~~ **-1.34 %**

Sämtlichen am Budget involvierten Stellen wird für die transparente Information gegenüber den Kontrollausschüssen der Finanzkommission sowie den Kommissionsmitgliedern, welche sich mit den Budgeteingaben minutiös befasst haben, gedankt. Finanzverwalter Stefan Christen wird für die fachliche Unterstützung gedankt.

Stellungnahme der GPK

Jolanda Brunner: Die GPK hat das Budget 2007 geprüft, welches mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 118'200.-- abschliesst. Unter Einbezug der Spezialfinanzierungen beträgt die Selbstfinanzierung 60.5 %. Ohne Spezialfinanzierung beträgt die Selbstfinanzierung 103.4 %. Der Cashflow wird laufend kleiner. Zusätzliche Abschreibungen wie in den Vorjahren sind kaum mehr möglich. Die Schere zwischen Aufwand und Ertrag öffnet sich immer mehr. Die Zentrumslasten, welche der Stadt Thun ausgerichtet werden müssen, steigen von Fr. 110'000.-- (2007) auf Fr. 160'000.-- (2008). Die Kosten bei der Sozialhilfe stieg um Fr. 600'000.--. Durch den Lastenausgleich wird der Spielraum immer kleiner. In der GPK wurden verschiedene Aufwand- und Ertragskonten diskutiert. Es gibt verschiedene Verschiebungen wegen Aufgabenverteilungen oder Regionalisierung von Aufgaben. Mit der Zunahme der verschiedenen NPM-Sammelkontos wird die Transparenz nicht einfacher. Die Steueranlagen bleiben bis auf die Hundetaxen unverändert. Die Grundgebühren bei der Abfallbeseitigung werden von Fr. 34.-- auf Fr. 30.-- gesenkt. Die Abwassergebühren bleiben unverändert. Die GPK hat diskutiert, ob nicht bei jedem NPM-Produkt die Gebühren und Abgaben überprüft werden sollten. Die GPK ist froh, dass dies der Gemeinderat bereits in die Wege geleitet hat. Die GPK steht hinter dem Voranschlag und empfiehlt diesen zur Genehmigung. Es wird allen gedankt, welche am Voranschlag mitgearbeitet haben, vor allem Finanzvorsteher Kurt Frei und Finanzverwalter Stefan Christen.

Eintreten

Daniel Lanz (FDP): Die FDP-Fraktion bestreitet das Eintreten auf dieses Geschäft. Folgende Überlegungen haben zu dieser Entscheidung geführt: Die Legislaturziele werden zum dritten Mal in Folge nicht erreicht (Selbstfinanzierungsgrad). Die Gemeinde Spiez steckt in strukturellen Problemen. Gemäss Vorbericht des Gemeinderates wird das Eigenkapital im Jahre 2011 aufgebraucht sein. In dieser Situation reicht es nicht aus, zaghaft auf die Bremse zu treten. Das Steuer muss herumgerissen werden. Der Voranschlag 2007 ist weit weg von den Vorstellungen der FDP-Fraktion. Wenn auf dieser Basis diskutiert werden muss, gibt es eine lange Diskussion. Deshalb beantragt die FDP-Fraktion die Rückweisung des Geschäftes an den Gemeinderat zur Überarbeitung.

Urs Gurtner (FDP): Es ist nicht das erste Mal, dass das Budget zu reden gibt. Im letzten Jahr wurde das Budget nicht glanzvoll mit 19 : 14 Stimmen, bei einer Enthaltung genehmigt. Es ist unverständlich, dass der Gemeinderat das klare Zeichen des Parlaments nicht zur Kenntnis genommen hat und ein noch schlechteres Budget 2007 präsentiert. Ein Verwaltungsrat müsste sich die Frage stellen, ob er seine Verantwortung wahr nimmt, wenn er ein Budget und eine Finanzplanung präsentiert, welche seiner eigenen Strategie widerspricht. In der Zeitung konnte gelesen werden, dass die rosigen Zeiten vorbei sind. Dieser Meinung ist die FDP seit Jahren. Es wurden verschiedene Vorschläge eingereicht (Stellenmoratorium, Lineare Kürzung etc.). Weiter steht in der Zeitung, dass der Gemeinderat momentan Einsparungsmöglichkeiten auf allen Ebenen der Verwaltung prüft. Es fragt sich, was der Gemeinderat seit der letzten

Budgetdebatte im November 2005 gemacht hat? Die aufgehende Schere im Zusammenhang mit den Lastenausgleichssystemen ist seit längerer Zeit bekannt. Es ist aber nichts passiert. Statt die Hausaufgaben zu machen, wird weiter gejammert. Bei NPM fragt es sich, wie NPM eingesetzt werden soll, wenn es sich nicht um eine Sparübung handelt. Der Gemeinderat widerspricht sich im Vorbericht zum Budget in dieser Frage. Im Jahre 2011 sind wir bankrott, da wir kein Eigenkapital mehr haben. So kann es nicht weiter gehen. Das Spiezer Stimmvolk hat die Gemeindeordnung noch nicht genehmigt. Die FDP ist klar der Ansicht, dass der Gemeinderat zusammen mit der Verwaltung, Sparpotenzial ausleuchtet und dies dem GGR aufzeigt. Die Produktgruppenverantwortlichen müssen mit weniger Ressourcen die bisherigen Standards erreichen. Das Controlling wird zeigen, wie weit dies möglich ist. Erst dann kann über neue Standards oder Leistungsabbau diskutiert werden. Dies ist die Interpretation der FDP-Fraktion von NPM. Wenn das Eigenkapital im Jahre 2011 tatsächlich aufgebraucht ist, werden die Bürger fragen, wer im GGR dem Budget jeweils zugestimmt hat. Die FDP-Fraktion ist klar der Ansicht, dass heute ein Zeichen gesetzt werden muss. Es muss endlich der dringend nötige Druck erzeugt werden. Deshalb wird das Budget zurückgewiesen.

Kurt Frei: Die deutlichen Worte der FDP-Fraktion kann der Gemeinderat nicht auf sich beruhen lassen. Der Gemeinderat hat Massnahmen ergriffen. Bei der Ausklammerung der Spezialfinanzierung hat die Gemeinde rund Fr. 1.88 Mio. zur Verfügung um Investitionen zu tätigen. Es bleibt ein Finanzierungsüberschuss von rund Fr. 61'000.--. Es wird keine zusätzliche Neuverschuldung stattfinden. Bei der Gesamtverschuldung wird es eine Umschichtung geben. Es wäre von Vorteil, wenn in den vorberatenden Gremien gewisse Inputs von FDP-Mitgliedern gemacht würden. Dann könnte auch entsprechend gehandelt werden.

Abstimmung über das Eintreten

Das Eintreten wird mit 18 : 13 Stimmen beschlossen.

a) NPM-Produktdefinitionen

Allgemeines

Fraktionssprecher

Ursula Zybach (SP): Die SP-Fraktion hat zur Kenntnis genommen, dass sich die Produkte gegenüber dem letzten Voranschlag verbessert haben und besser formuliert wurden. Der NPM-Geschichte ist man immer noch wohlwollend gesinnt. Gewisse Veränderungen müssen vorgenommen werden, wenn NPM flächendeckend eingeführt ist. Die Fortschritte sind erkennbar.

Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Abschnittweise Beratung der NPM-Produktdefinitionen

Friedhof- und Bestattungswesen

Daniel Lanz (FDP): Bei dieser Produktgruppe fällt auf, dass bei einem relativ hohen Aufwand ein kleiner Ertrag gegenübersteht. Grundsätzlich ist nicht klar, wo der Betrag von Fr. 500'000.-- hinfließt. Das Bild gefällt nicht. Es handelt sich um eine Luxuslösung im Bereich

des Friedhof- und Bestattungswesen. Er hat deshalb eine Motion eingereicht, mit welcher die Halbierung der Kosten verlangt wird.

Franz Arnold: Es braucht eine Anpassung des Friedhof- und Bestattungsreglementes, damit dieser Betrag angepasst werden kann. Eine Reglementsanpassung muss vom GGR mit fakultativem Referendum beschlossen werden. Das heisst, es braucht einen anderen Vorlauf und die Form der Motion ist das richtige Instrument.

Kinder- und Jugendarbeit

Christoph Hürlimann (FS): Die FS-Fraktion regt an, die Problematik Gewalt an und durch Jugendliche aufzunehmen. Damit können vorbeugende Massnahmen getroffen werden.

Urs Gurtner (FDP): Der Aufwand bei der Kinder- und Jugendarbeit konnte leicht gesenkt werden. Nach den Schlagzeilen in letzter Zeit ist es sicher nicht erstrebenswert, hier zu sparen. Aufwand und Ertrag in Spiez stimmen noch. Es wird angeregt, dass der aufsuchenden Jugendarbeit Priorität gegeben wird.

Ursula Erni: Bei der Problematik Gewalt unter Jugendlichen ist man zur Zeit daran, im Zusammenhang mit der Abklärung der Motion Kinder und Jugendliche mit Problemen, einen Ansatz aufzunehmen. Im Schulzentrum Längenstein hat Jugendarbeiter Stefan Spielmann ein Brückenbauprojekt lanciert. Bei der aufsuchenden Jugendarbeit wird die neue Jugendarbeiterin vor allem die aufsuchende Mädchenarbeit in Angriff nehmen.

Liegenschaften des Finanzvermögens

Ernst Hautle (FDP): Als Mitglied der Finanzkommission führt er aus, dass das Budget parteiintern noch kritischer hinterfragt wurde. Es kann festgestellt werden, dass der Aufwandzuwachs gegenüber der Rechnung 2005 Fr. 276'00.-- beträgt. Der Deckungsgrad hat sich ebenfalls von 145.81 % auf 133.51 % verschlechtert. Die FDP-Fraktion beantragt deshalb, den Aufwandzuwachs zu halbieren und einen Aufwand von Fr. 1'764'000 auszuweisen. Der Deckungsgrad verbessert sich somit auf 138 %.

Urs Gurtner präzisiert, dass der Aufwandzuwachs halbiert wird und neu rund Fr. 1'768'000.-- beträgt.

Klaus Aegerter: Ist es richtig, von den Zahlen des Jahres 2005 auszugehen und die Zahlen des Voranschlages 2006 nicht zu berücksichtigen? Er findet dies einen etwas komischen Antrag und weist diesen zurück.

Joachim Nelles: Wenn man den Antrag stellt, im Budget etwas zu verändern, würde er begrüßen, wenn man einen Vorschlag unterbreitet, wo der Aufwand reduziert werden soll.

Urs Gurtner: Die Zahlen 2005 sind bekannt, deshalb werden diese als Basis genommen. Die Zahlen der Rechnung 2006 liegen noch nicht vor. Es soll nicht mit Budgetzahlen spekuliert werden.

Kurt Frei: Beim Liegenschaftsunterhalt sind rund Fr. 60'000.-- mehr im Budget als in der Rechnung 2005. Die verrechneten Passivzinsen sind um rund Fr. 150'000.-- höher gegenüber der Rechnung 2005. Auch nicht vernachlässigt werden darf der vorgesehene Abriss der Liegenschaft Niederliweg 16. Hier ist mit einem Mietzinsausfall von rund Fr. 60'000.-- zu rechnen.

Abstimmung

Der **Antrag der FDP-Fraktion** den Aufwandzuwachs zu halbieren, damit der Aufwand nur noch maximal Fr. 1'760'000.-- beträgt, wird mit **grossem Mehr abgelehnt**.

Verwaltungsführung

Urs Gurtner (FDP): Bei der Produktegruppe Verwaltungsführung ist aufgefallen, dass der Aufwandzuwachs seit 2005 um satte 30 % gestiegen ist. Er geht davon aus, dass zusätzliche Produkte aufgenommen wurden. Der Standard beim Produkteziel Absenzen beträgt < 8 %. Dies würde bedeuten, dass bei einer Abteilung mit 12 Leuten ständig eine Person abwesend ist (Unfall oder krank). Es stellt sich die Frage, ob dies marktgerecht ist oder nicht?

Franz Arnold: Die Steigerung des Gesamtaufwandes ist damit zu begründen, dass mit der Umlegung der Konten mehr Aufgaben der Produktegruppe zugeordnet wurden. Zur Frage der Absenzen kann ausgeführt werden, dass es sich um eine Erfahrungszahl handelt. Es gibt keine Erhebung der gesamten Absenzen der Verwaltung. Dies müsste anhand einer Absenzenkontrolle erfasst werden. Die Mehrkosten sind auf Konten der laufenden Rechnung zurückzuführen, welche neu der Produktegruppe Verwaltungsführung zugeordnet wurden.

Urs Gurtner: Die Antwort vermag einigermaßen zu befriedigen. Die 8 % Absenzen scheinen scheinbar der Ist-Zustand bei der Gemeindeverwaltung zu sein. Er beantragt in dieser Produktegruppe den Aufwand um Fr. 238'000.-- auf Fr. 1'391'000.-- zu kürzen.

Christoph Hürlimann: Man muss ihn nicht für blöd verkaufen. Es handelt sich hier um eine Halbierung, obschon man nicht weiss, was für diesen Betrag überhaupt geleistet wird. Er fällt nicht darauf herein, hier etwas zu kürzen.

Rudolf Schmid: Der angestrebte Standard von unter 8 % bei den Absenzen ist an und für sich gut. Gemäss seinem Ermessen ist dieser aber zu hoch. Bei einer Verwaltung könnte der Standard von 4 - 5 % angewendet werden.

Franz Arnold: Man sollte darauf achten, das System nun nicht falsch anzuwenden. Bei der Verwaltungsführung geht es primär um Personalkosten. Diese sind auf Seite 31 des Voranschlages aufgeführt. Es ist jedoch der Auftrag des strategischen Gremiums zu sagen, welche Aufgaben die Gemeinde noch erfüllen soll. Die internen Verrechnungen sind ab 2006 und 2007 in einem ganz anderen Verhältnis als dies vorher der Fall war. Dies gibt die grössten Verschiebungen. Deshalb muss über die Aufgaben gesteuert werden. Die Informationen, ob die Standards eingehalten werden, wird der Gemeinderat liefern. Es können nicht einfach die Ergebnisse der einzelnen Produktegruppen gekürzt werden.

Daniel Lanz: Es besteht eine Grundsatzdifferenz betreffend NPM. Es wird gefordert, dass über Leistungen diskutiert werden soll und die FDP-Fraktion will die Finanzen in den Griff bekommen. Im Markt geht es anders. Hier sagt der Kunde was er zahlen kann und der Unter-

nehmer sagt, ob er die geforderte Leistung für diesen Betrag erbringen kann. Es kann nicht sein, dass beim NPM nicht über Geld gesprochen wird und nur gewisse Leistungen gestrichen werden und man sich überraschen lassen muss, was dies kostet. Dies ist wohl nicht möglich. Deshalb versucht die FDP-Fraktion in Unkenntnis der Details den Preis anzupassen. Dann soll geschaut werden, ob die Standards eingehalten werden können. Wir haben hier kein Wunschkonzert, sondern ein Budget. Er stellt den Antrag, bei den Absenzen den Standard von < 8 % auf < 6 % zu senken.

Ursula Zybach: Sie hat zusammen mit Ernst Hautle dieses Produkt im Rahmen des Controlings der GPK geprüft. Die 8 % bei den Absenzen wurden diskutiert. Die Gemeinde hat durchaus auch soziale Aufgaben zu erfüllen und es arbeiten nicht nur Leute in der Verwaltung, sondern auch noch Werkhofmitarbeiter, welche bei Wind und Wetter draussen arbeiten. Der Standard kann schon geändert werden, die kranken Angestellten können jedoch nicht auf einmal gesund werden, damit der Standard eingehalten werden kann. Sie versteht NPM so, dass man Qualität und Kosten miteinander kombinieren kann. Das was die FDP-Fraktion beantragt, führt dazu, dass die Verwaltung sagt, wo die Kosten eingespart werden. Sie erwartet, dass zu NPM inhaltlich diskutiert wird. Es braucht beide Aspekte sonst handelt es sich um eine Lotterie, wo wir nicht wissen, was wir für eine Leistung erhalten.

Rudolf Schmid: Er hat das Gefühl, dass gewisse Verständigungsschwierigkeiten bestehen. Es ist schwierig vom bisherigen Budget zu NPM zu wechseln. Wir sagen, dass wir reduzieren wollen um 5 - 10 %. Es kann aber nicht sein, dass wir die Details ändern müssen, sonst sprechen wir wieder vom Detailbudget. Es ist wesentlich, dass bei einzelnen Produktgruppen eingespart wird, wo dies sein wird, entscheidet dann die Verwaltung und der Gemeinderat und nicht der GGR.

Franz Arnold: Auf Seite 67 ist auch der Jugendrat aufgeführt. Ist es an der Verwaltung zu entscheiden, ob wir einen Jugendrat wollen oder nicht. Es gibt ein Reglement Jugendrat. Hier steht unter anderem, dass ein Betrag von bis zu Fr. 25'000.-- zur Verfügung gestellt wird. Wenn es die Ansicht des Parlaments ist, dass die Verwaltung entscheiden soll, ob es einen Jugendrat gibt oder nicht, dann ist etwas Grundlegendes falsch. Das Reglement Jugendrat hat der GGR erlassen. Über diese Frage kommt man nicht hinweg, dass man bei Reduktionen sagt, bei welchen Aufgaben dies geschehen soll.

Abstimmung

- Ø Der **Antrag** von **Daniel Lanz (FDP)** den Standard bei den Absenzen von < 8 % auf < 6 % zu senken wird mit **19 : 10 Stimmen abgelehnt**.
- Ø Der **Antrag** der **FDP-Fraktion** den Aufwand um Fr. 238'000.-- auf Fr. 1'391'000.-- zu kürzen wird mit **grossem Mehr abgelehnt**.

Kultur

Franz Sennhauser (FDP): In der Wirtschaft lief es früher so, dass ein Kunde sagte was er gerne möchte. Danach wurde ein Kostenvoranschlag erstellt und geschaut, was möglich ist und was nicht. Seit einigen Jahren läuft es anders. Zur Zeit wird mit nach dem Motto „Design to Cost“ gearbeitet. Dies ist eine neue Managementform wie NPM auch. Dabei wird klar definiert, was man will und wie hoch das Budget ist. Die Aufgabe des Architekten ist es nun zu schauen, wie man ein solches Projekt unter diesen Voraussetzungen realisieren kann. Dies ist kein Einzelbeispiel. Im Bausektor läuft vieles in dieser Art und Weise. Die FDP-Fraktion ist nicht der Ansicht, dass Kultur nicht wichtig ist, aber die Situation präsentiert sich so, dass der

Aufwand von Fr. 743'774.65 (Rechnung 2005) auf Fr. 810'300.-- (Budget 2007) gestiegen ist. Dies ist eine Steigerung von Fr. 66'000.--. Diese 9 % können mit gutem Gewissen innerhalb von zwei Jahren um die Hälfte reduziert werden. Statt Fr. 66'000.-- Mehrkosten nur Fr. 33'000.--. Dies wirkt sich aus, dass der Aufwand im Budget Fr. 777'000.-- beträgt. Mit diesem Budget muss man arbeiten können. Dies ist eine vernünftige Einsparung ohne, dass es schmerzt. Es wird wahrscheinlich den einen oder anderen Bereich treffen. Es ist schwer zu sagen, wo genau diese Kosten eingespart werden sollen. Dies soll der Gemeinderat entscheiden.

Jacqueline von Känel: Die Kultur kostet tatsächlich mehr. Die Mehraufwendungen begründen sich mit Mehrkosten an die regionale Kulturkonferenz Thun. Diese Konferenz beschliesst, wie viel wir an die regionale Kultur bezahlen müssen. Die Beiträge sind in den letzten Jahren gestiegen. Dies kann nicht geändert werden. Das heisst, dass bei Kürzungen die Spiezer Kultur leiden müsste.

Gerhard Schafroth: Die Bibliothek Spiez ist als Regionalbibliothek eingestuft. Wir erhalten also vom Kanton rund Fr. 40'000.--. Da die Bibliothek aber zu klein ist, ist nicht klar, wie lange der Kanton noch Gelder ausrichten wird. Man müsste also bei den kleinen Vereinen sparen, welche so oder so nur wenig Geld erhalten. Bei Einsparungen in diesem Bereich würde auch die Bibliothek in Frage gestellt. Dies wäre falsch.

Joachim Nelles: Man konnte feststellen, wie die Verhältnisse hier im Saal sind. Die pauschalen Reduktionsanträge nützen jedoch nichts, wenn keine Argumente geliefert werden. Es muss Überzeugungsarbeit geleistet werden, damit die übrigen Ratsmitglieder sachlich folgen können. Er wünscht sich, dass zu einer sachlichen Diskussion gekommen wird mit klaren Aussagen, wo gespart werden kann.

Franz Sennhauser: Er hält fest, dass die FDP-Fraktion sicher sachlich ist. Der Antrag im Bereich Kultur ist nicht wahnsinnig hoch. Es geht primär darum, dass nicht noch mehr Geld ausgegeben wird, als vorher. Dies ist ein Anliegen, das umgesetzt werden kann. Dies ist durchaus sachlich und liegt in der Verantwortung des Parlaments. Es muss festgestellt werden, dass niemand bereit ist zu sparen. Dies ist verantwortungslos.

Urs Gurtner: Er dankt Joachim Nelles für seinen Aufruf. Man versucht sachlich zu sein. Der Antrag der FDP-Fraktion ist auf dem Tisch. Wenn die Mehraufwendungen, welche Jacqueline von Känel erwähnt hat, tatsächlich auf die regionale Kulturkonferenz zurückzuführen sind, wäre er allenfalls bereit, den Antrag zurückzuziehen. Man kann von einem Parlamentarier nicht verlangen, dass er dies alles selber recherchiert.

Ulrich Nyffenegger bittet die Ratsmitglieder, bei Verständigungsschwierigkeiten oder unverständlichen Zahlen, wenn möglich vorgängig die entsprechenden Stellen zu kontaktieren (Kommissionen, GPK, Verwaltung etc.).

Abstimmung

Ø Der **Antrag** der **FDP-Fraktion** den Aufwand um Fr. 33'000.-- auf Fr. 777'000.-- zu reduzieren, wird mit **18 : 12 Stimmen abgelehnt**.

Gemeindepolizei

Ernst Hautle (FDP): Der Aufwandzuwachs gegenüber der Rechnung 2005 beträgt Fr. 50'000.--. Die FDP-Fraktion beantragt diesen Betrag auf Fr. 25'000.-- zu halbieren. Irgendwo muss mit dem Sparen begonnen werden.

Abstimmung

Ø Der **Antrag** der **FDP-Fraktion** den Aufwandzuwachs um Fr. 25'000.-- zu reduzieren, wird mit **18 : 14 Stimmen abgelehnt**.

Politische Führung

Daniel Lanz (FDP): Beim Produkteziel Umsetzung der Legislaturziele des Gemeinderates ist der Standard mit 85 % erreicht oder teilweise erreicht aufgeführt. Diese Formulierung ist unglücklich. Es wird deshalb beantragt, 85 % erreicht. Die FDP-Fraktion beantragt, den Aufwand auf der Basis des Voranschlages 2006 einzufrieren und mit Fr. 1'124'100.-- ins Budget 2007 einzusetzen.

Franz Arnold: Zuhanden der FDP-Fraktion werden folgende Fragen gestellt: Sieht man eher Reduktionen beim Jugendrat, beim SpiezInfo, bei den Einbürgerungen, bei der Protokollführung etc. Wo es möglich ist, sollte bei den Produktegruppen ausgeführt werden, wo überflüssige oder nicht notwendige Aufgaben gestrichen werden sollen. Dies ist die Aufgabe des GGR.

Daniel Lanz: Er muss nun wissen, wie sich der Aufwand von Fr. 1'161 Mio. auf die einzelnen Produkteziele verteilt. Allerdings erinnert er daran, dass die Kostensteigerung alleine die Teuerung ausmacht. Er möchte, dass die Teuerung mit einer Effizienzsteigerung aufgefangen wird. Wenn jedoch der Eindruck besteht, dass man nicht versuchen kann, die gleiche Leistung zum gleichen Preis ohne Teuerung zu erbringen, dann diskutieren wir über einen Leistungsabbau. Dies ist falsch. Warum kann man sich nicht nach der Decke strecken und versuchen, die Leistung mit etwas weniger Mitteln zu erreichen. Diese Bereitschaft fehlt. Es ist an der Zeit, dass man diese Bereitschaft von der Führung in Spiez endlich spürt.

Stefan Christen, Finanzverwalter: Die Kostensteigerung von 2006 auf 2007 sind auf die im nächsten Jahr vorgesehenen National- und Ständeratswahlen zurückzuführen. Dies ist der Hauptgrund der höheren Kosten im nächsten Jahr. In einzelnen Jahren können solche Ereignisse höhere Kosten auslösen.

Ursula Zybach: Sie stellt den folgenden Ordnungsantrag: Die nächsten Produkte sollen nur noch thematisiert werden, wenn man weiss, wo und welche Standards geändert werden sollen. Dies wird auch zeigen, wer seine Hausaufgaben gemacht hat. Es kann nicht sein, dass die Abteilungsleiter hier die Zahlen erläutern müssen. Alle Parteien sind in der GPK und in der Finanzkommission vertreten. Es bestehen genügend Möglichkeiten Einfluss zu nehmen. Es sollen nur noch Facts diskutiert und nicht recherchiert werden.

Ulrich Nyffenegger: Das Votum ist inhaltlich richtig, obschon Ordnungsanträge nur über den Ablauf der Sitzung gestellt werden können.

Abstimmung

- Ø Dem **Antrag** der **FDP-Fraktion** bei der Umsetzung der Legislaturziele den Standard auf 85 % der Ziele erreicht ~~oder teilweise erreicht~~ zu ändern, wird **mit grossem Mehr zugestimmt**.
- Ø Der **Antrag** der **FDP-Fraktion** den Aufwand auf der Basis des Voranschlages 2006 einzufrieren (Fr. 1'124'100.--), wird **mit grossem Mehr abgelehnt**.

Wirtschaft und Tourismus

Klaus Aegerter: Beim Tourismus sind die Indikatoren und Standards zu wenig konkret. Er möchte, dass konkretere, messbarere Standards gefunden werden. In den letzten zwei Jahren fand eine Steigerung von 33 % beim Aufwand statt. Er möchte deshalb andere Standards und Indikatoren definiert haben. Es ist schade, dass die Kollegen der FDP-Fraktion nicht da sind, weil man auch aufzeigen kann, dass nicht nur gespart, sondern auch mehr eingenommen werden kann.

Franz Arnold: Die Leistungsvereinbarung wird im Jahr 2007 abgeschlossen und man wird versuchen, greifbare Standards und Indikatoren zu definieren. Im Tourismus wird viel mit Marketing gearbeitet, damit die Angebote verkauft werden können. Im Marketing gibt es auch unter Fachkreisen grosse Diskussionen, wie Massnahmen wirkungsvoll gemessen werden können. Man wird sich jedoch bemühen, gute Beschreibungen aufzulisten.

Antrag

- Ø Der **Antrag** von **Klaus Aegerter** die Indikatoren und Standards im Hinblick auf das Budget 2008 zu ändern, wird **mit grossem Mehr angenommen**.

Institutionelle Sozialhilfe

Christoph Hürlimann (FS): Es handelt sich um ein neues Produkt. Er regt an, dass die Förderung von Arbeitsplätzen in der Privatwirtschaft stärker involviert wird. Man könnte zum Beispiel das Ethik-Rating aufnehmen. Es geht nicht darum, mehr Kosten zu verursachen, sondern mehr Verpflichtungen aufnehmen (Integration von Behinderten oder Stellensuchenden in der Privatwirtschaft).

Gemeindestrassen, Plätze und Grünanlagen, Wasserbau, Werkhof

Ursula Zybach (SP): Die SP-Fraktion möchte bei diesem Produkt etwas ändern. Bei Gemeindestrassen und Wege besteht das Produkteziel standardgerechte Werterhaltung. Beim Indikator ist der Wert von Fr. 750'000.-- eingesetzt. Budgetiert sind im Globalbudget Fr. 300'000.-- als Ausgaben und Fr. 240'000.-- als Einnahmen des Kantons. Fr. 200'000.-- sind im Investitionsplan enthalten. Beim Zusammenrechnen all dieser Zahlen kommt man nie auf den Wert von Fr. 750'000.--. Bei den Controllingberichten kann festgestellt werden, dass dieser Indikator nicht eingehalten werden kann. Die SP-Fraktion beantragt deshalb, dass bei diesem Produkteziel der Indikator und der Standard realistisch eingesetzt werden. So dass diese eingehalten werden können. Das Produkteziel soll neu: „guter Zustand“ genannt werden. Der Indikator soll neu: „werterhaltende Massnahmen abgestimmt auf die Art und Häufigkeit der Nutzung“ definiert werden. Der Standard soll neu mit: „keine berechtigten Klagen oder Unfälle“ definiert werden.

Rudolf Schmid: Er hofft, dass bei der Wischtour die Aussenbäuerten nicht unter den Sparanstrengungen leiden müssen.

Klaus Brenzikofer: Bei der Wischtour spürt der Bürger direkt, wenn die Gemeinde spart. Es hat aber jeder Bürger zu Hause einen Besen auch Rudolf Schmid. Zum Antrag der SP-Fraktion kann ausgeführt werden, dass man „der Katze auch Büsi“ sagen kann. Der Standard kann schon gesenkt werden, aber mit der Zeit wird der Strassenunterhalt mehr kosten. Es sollte jedoch nicht als Schnellschuss ein Standard geändert werden. Er legt deshalb der SP-Fraktion ans Herz, dass die Verwaltung und der Gemeinderat im Hinblick auf das Budget 2008 einen neuen Vorschlag unterbreiten. Es wäre nicht unbedingt von Vorteil, den Standard gleich jetzt zu ändern. Im Werkhof sind bereits Stellen nicht wieder besetzt worden. Es ist jedoch zu hoffen, dass es nicht zu viel Schnee gibt, da zum Teil Bürger weder Besen noch Schneeschaukel besitzen. Beim Winterdienst könnte schon gespart werden. Dann könnten die Werkhofmitarbeiter Überzeit abbauen und die Gemeinde Geld sparen. Die Anregung der SP-Fraktion wird aufgenommen und der Standard überprüft. Die Strassen wurden durch einen Fachmann überprüft. Der Strassenunterhalt würde demnach noch viel mehr kosten, als bisher angenommen. Für ihn ist es kein Problem mit einem Landrover und einem Enduro-Motorrad mit Stollenpneus. Er kann noch über kaputte Strassen fahren. In Spiez gibt es aber bereits Strassen, bei welchen der Schneepflug nicht mehr ganz auf die Strasse aufgesetzt werden kann, da sonst der Belag noch mehr beschädigt wird.

Ursula Zybach: Die SP-Fraktion kann sich damit einverstanden erklären, wenn der Standard und der Indikator im Hinblick auf das Budget 2008 überprüft werden. Die Zahlen bleiben gleich. Die Standards und das Budget sollten aber miteinander übereinstimmen.

Abstimmung

Ø Dem **Antrag der SP-Fraktion** den Standard und den Indikator des Produkteziels „Standardgerechte Werterhaltung“ im Hinblick auf das Budget 2008 zu überprüfen, wird **mit grossem Mehr zugestimmt.**

Walter Holderegger: Er bedauert, dass eine Fraktion den Saal verlassen hat. Er kann den Frust verstehen. Die Pfeile gingen hin und her und haben diese Reaktion ausgelöst. Man muss sich grundsätzlich überlegen, wie der Ablauf der Budgetberatung in Zukunft gestaltet werden soll. Im Grossen Rat mussten solche Abänderungsanträge vorher schriftlich deponiert werden, damit die Verwaltung diese prüfen konnte. Es ist schade um die Zeit, die so verloren geht. So kann man sich vorbereiten und es gibt nicht solche Diskussionen, welche nichts bringen und solche Reaktionen auslösen. Er bittet das Ratsbüro oder die Gemeindeschreiberei sich Gedanken zu machen, wie solche Vorfälle in Zukunft vermieden werden können.

Abstimmung über die NPM-Produktedefinitionen (mit 22 : 6 Stimmen, bei 1 Enthaltung)

Die Produktedefinitionen werden mit folgender Änderung genehmigt:

Politische Führung

Umsetzung der Legislaturziele des Gemeinderates

Änderung des Standards auf 85 % der Ziele erreicht ~~oder teilweise erreicht.~~

b) Gemeindevoranschlag 2007

Allgemeines

Fraktionssprecher

Astrid Thöni (SP): Die SP-Fraktion dankt Stefan Christen und seinem Team für den Voranschlag 2007. Verschiedene Faktoren bei den NPM-Produkten und im Voranschlag geben sehr zu denken. Es gibt immer mehr Leute, die ihre Steuern nicht mehr bezahlen. Ein Dank geht an alle, welche die Steuern bezahlen. Es gibt immer mehr Alimentenbevorschussungen. Dies sind Faktoren gesellschaftlicher Veränderungen, auf welche der GGR praktisch keine Einflussmöglichkeiten hat. Dem Lastenausgleich müssen immer mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Steuereinnahmen steigen zwar, werden aber wegen der Steuergesetzrevisi- on ab 2008 sinken. Der Bund delegiert seine Aufgaben an die Kantone und dieser weiter an die Gemeinden. Die Gemeinde Spiez hat dadurch immer mehr gebundene, fixe Kosten zu tra- gen. Auch zu denken gibt, dass nur die gesetzlich vorgeschriebenen Abschreibungen vorge- nommen werden können. Das Eigenkapital schwindet langsam. Wir versuchen zu sparen, aber wir dürfen durch das Sparen nicht Schäden verursachen, welche in Zukunft grösser sind als die Sparanstrengungen. Aus all diesen Gründen wird für die SP-Fraktion in Zukunft eine Steuererhöhung kein Tabu-Thema mehr sein.

Christoph Hürlimann (FS): Die FS-Fraktion ist erschüttert über die stark gestiegenen Kosten im Sozialbereich. Bei diesen Kosten sind uns praktisch die Hände gebunden. Man ist grund- sätzlich der Ansicht, dass diese Leute wieder integriert werden können. So gäbe es auch we- niger Kosten. Dies braucht einen gewissen Aufwand. Es ist zu hoffen, dass es in diesem Be- reich gewisse Möglichkeiten gibt, damit Stellenlose und Behinderte wieder ins Berufsleben in- tegriert werden können. Es wird allen gedankt, welche zu diesem Budget beigetragen haben. Ein spezieller Dank geht an Finanzvorsteher Kurt Frei und Finanzverwalter Stefan Christen.

Urs Maibach (SVP): Auch die SVP-Fraktion ist sich bewusst, dass der Spielraum unheimlich klein ist. Mit diesem Voranschlag kann man und will man aber nicht leben. Es gibt Sachen, welche sehr zu denken geben. Die Wirtschaftslage ist momentan sehr gut und trotzdem schreiben wir rote Zahlen. Weiter gibt zu denken, dass das Eigenkapital Ende der Planungs- periode aufgebraucht sein wird und wir früher oder später um Steuererhöhungen wohl nicht herumkommen werden. Wenn es ums Sparen geht, will hier im Saal wohl nicht echt gespart werden. Es muss aber wohl der Sparhebel angesetzt werden. Es wird daran appelliert, dass auf Übernahme von neuen Aufgaben ohne entsprechende Kompensation verzichtet wird, wie dies im Vorbericht des Gemeinderates erwähnt ist. Wir Parlamentarierinnen und Parlama- ntarier müssen im nächsten Jahr sehr vorsichtig sein mit Motionen, welche Kosten auslösen. Aus all diesen Gründen wird die SVP-Fraktion den Voranschlag 2007 ablehnen.

Anna Büchi (JL/GFL): Es muss definitiv etwas geändert werden. Es kann aber nicht nur im- mer weiter gespart werden. Es muss auch über das Thema Einnahmen gesprochen werden. Eine Steuererhöhung wird deshalb in den Raum gestellt.

Allgemeine Diskussion

Christine Mühlematter: Sie hat sich einige Stich- oder Schlagworte der Begrüssungsrede des Vorsitzenden aufgeschrieben. Nachhaltige Entwicklung, übergeordnetes Ziel von NPM, gemeinsam getragenes Ziel, Legislaturziel. Nachhaltige Entwicklung heisst auch vorsichtig mit den Gemeindefinanzen umzugehen, damit unserer nächsten Generation kein Schulden-

berg hinterlassen wird. Auch das Legislaturziel sollte gemeinsam getragen werden. Bei der Einreichung der Motion für die Einführung von NPM stand nicht der Spargedanke im Vordergrund. Warum soll aber dieses Instrument nicht für Sparzwecke genutzt werden, wenn dies möglich ist. Die Legislaturziele geben zu denken, wenn man betrachtet, dass das Eigenkapital aufgebraucht wird und der Selbstfinanzierungsgrad unbefriedigend ist. Es gibt zwar keine Neuverschuldung, aber wir bauen auch keine Schulden ab. Dies ist auch ein Legislaturziel. Wenn wir die Verantwortung wahr nehmen wollen, dürfen wir zu diesem Budget nicht Ja sagen. Deshalb kann sie das vorliegende Budget nicht annehmen. Sie dankt trotzdem allen Beteiligten für die Zusammenstellung des Budgets. Zu Händen von Joachim Nelles wird ausgeführt, dass wenn in Anbetracht der Kräfteverhältnisse darauf hingewiesen wird, auf eigene Voten zu verzichten, man in Zukunft getrost zu Hause bleiben kann. Dann kann man auf solche mühsamen Diskussionen verzichten und es wird keine solchen Vorfälle mehr geben, dass eine Fraktion den Saal verlässt. Es ist mühsam und unbefriedigend, wenn man aus Verständnisgründen als die Dummen hingestellt wird, wenn etwas hinterfragt wird. Es ist insbesondere schlecht, wenn dies sogar der Vorsitzende so weitergibt.

Der Vorsitzende zitiert aus der Geschäftsordnung, dass Anträge klar zu formulieren sind und auf Verlangen des Vorsitzenden schriftlich einzureichen. Wenn möglich sind sie dem Präsidenten am Vortag schriftlich bekannt zu geben. Es wäre einfacher, wenn Anträge vorher eingereicht würden und man vorher Zeit hätte, diese zu prüfen.

Abschnittweise Beratung des Budgets 2007

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (mit 19 : 15 Stimmen)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 31 g) und h) sowie 39 g) und h) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Die Produktgruppenelemente für die NPM-Projekte

- Abfallentsorgung
- Friedhof- und Bestattungswesen
- Kinder- und Jugendarbeit
- Liegenschaften des Finanzvermögens
- Verwaltungsführung
- Kultur
- Vormundschaft
- Abwasser-/Wasser-/Kabelnetzversorgung
- Gemeindepolizeiwesen
- Politische Führung (**mit Korrektur beim Produkteziel Umsetzung Legislaturziele**)
- Wirtschaft und Tourismus
- Sport
- Individuelle Sozialhilfe
- Institutionelle Sozialhilfe gemäss Sozialhilfegesetz
- Gemeindestrassen, Plätze und Grünanlagen, Wasserbau, Werkhof
- Feuerwehr, Zivilschutz und Gemeindeführungsorganisation (GFO)

werden genehmigt.

2. Der Voranschlag für das Jahr 2007 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 118'200.-- wird genehmigt.
3. Die Steueranlage der Einkommens-, Vermögens- und Vermögensgewinnsteuer wird unverändert mit 1.67 Einheiten erhoben.
4. Die Liegenschaftssteuer wird unverändert mit 1,1 ‰ des amtlichen Wertes erhoben.
5. Die Hundetaxe beträgt für:

	neu	bisher
- ordentliche Taxe	Fr. 100.--	Fr. 90.--
- ausgebildete Gebrauchshunde	Fr. 100.--	Fr. 45.--
- Rettungs-, Dienst- und Blindenhunde	befreit	befreit
- Hunde in Landwirtschaft		
für den 1. Hund	Fr. 100.--	Fr. 45.--
für jeden weiteren Hund	Fr. 100.--	Fr. 90.--

6. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Art. 31 g) und h) der Gemeindeordnung.
7. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Pause von 17.35 - 17.40 Uhr

104 1.12 Reglemente/Verordnungen

Reglement Spezialfinanzierung Bewirtschaftung Gemeindewälder

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold: Es gibt zwei Möglichkeiten in diesem Fall weiterzufahren. Die eine ist die hier vorliegende mit Spezialfinanzierung und entsprechendem Reglement. Die andere wäre das Geld in die allgemeine Rechnung einfließen zu lassen. Der Gemeinderat schlägt vor, die Gelder einer Spezialfinanzierung mit vorliegendem Reglement zuzuführen.

Stellungnahme der GPK

Paul Müller: Die GPK hat die Vorlage betreffend Reglement Spezialfinanzierung Bewirtschaftung Gemeindewälder überprüft. Nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen waren die Gemeinden und burgerrechtlichen Kooperationen verpflichtet, einen Betriebsreservefonds sowie einen Übernutzungsfonds zu führen. Mit dem Inkrafttreten des neuen Waldgesetzes per 1. Januar 1998 wurde die Führung dieser Fonds nicht mehr notwendig, allerdings sollen diese Gelder wieder dem Wald zugeführt werden, da diese auch aus dem Wald stammen. Die Gemeinde kann dies nur machen, wenn ein entsprechendes Reglement erlassen wird. Zum Start werden die Fr. 120'000.-- diesem Fonds zugewiesen. Das Geld, welches aus dem Wald stammt, wird wieder dem Wald zugeführt. Wenn ausserordentliche Ereignisse eintreten (Lothar) oder Durchforstungen ausgeführt werden müssen, Waldpflege, Käferbekämpfung, Jungwuchspflege, erschwerte Holzerei in steilem Gelände, braucht es Gelder. Diese sind gemäss diesem Reglement in einer Spezialfinanzierung sichergestellt und können für den Wald ver-

wendet werden. Auch im Sinne der Nachhaltigkeit für unseren Wald beantragt die GPK, dem neuen Reglement zuzustimmen.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (mit 34 : 0 Stimmen)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 31 c) und 39 c) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Das Reglement Spezialfinanzierung Bewirtschaftung Gemeindewälder wird genehmigt.
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Artikel 41 c) der Gemeindeordnung.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

105 4.200 Ortsplanung, Ueberbauungsordnungen

Uferschutzplan Nr. 8, Einigen - Tellergut West / Verabschiedung z. H. Volksabstimmung

Ausführungen des Gemeinderates

Stefan Kocherhans: Als er im Jahr 2001 das Amt als Planungsvorsteher übernommen hat, gab es in erster Priorität die beiden Uferschutzpläne Einigen und Faulensee als Pendenzen. Folgende Fakten waren bekannt: Das Spiezer Stimmvolk hat den Uferschutzplan Nr. 8 B, Einigen-West bis Ländte deutlich genehmigt. Das Kantonale Amt für Gemeinden und Raumordnung hat die Genehmigung verweigert und die Gemeinde unterlag schliesslich vor Bundesgericht. Der Uferschutzplan Nr. 8 A wurde von den Spiezer Stimmberechtigten knapp abgelehnt (vor allem wohl wegen der Steglösung). Zudem wurde der Uferschutzplan Faulensee abgelehnt (vor allem wegen der Torlösung). Er hat sich eine Frist bis Ende Legislatur gesetzt (2004), dass die beiden Uferschutzpläne genehmigt sind. Ziel nicht erreicht. Die Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern der Umweltschutz- und Planungskommission, des Uferschutzverbandes Thuner- und Brienersee, der IG Freie See- und Flussufer, dem AGR, dem Ortsverein Einigen-Gwattstutz und von Pro Einigen, hat immer wieder neue Vorschläge, Varianten, Gutachten geprüft und verschiedene Begehungen im Gelände gemacht. Der vorliegende Plan kann als die beste der möglichen Lösungen bezeichnet werden. Nach öffentlichem Mitwirkungsverfahren und öffentlicher Mitwirkungsversammlung sind nur sieben Einsprachen eingegangen. Das Projekt ist deshalb breit abgestützt und akzeptiert. Knackpunkte waren vor allem die Stichzugänge und die Frage, ob der Weg östlich des Pfrundweges dem See entlang oder rückwärtig geführt werden soll. Die Arbeitsgruppe und der Gemeinderat haben sich für die Seelösung ausgesprochen. Es geht nun so weiter, dass dem GGR im Februar 2007 der Ufer-

schutzplan Faulensee vorgelegt wird. Im Juni 2007 soll die Volksabstimmung über beide Uferschutzpläne stattfinden. Die Pläne sollten gegen Ende 2007 vom Kanton genehmigt sein. Dann hätte man auf den ursprünglichen Zeitplan nur drei Jahre Verspätung. Klar ist, dass die Einsprecher den Fall an die nächsthöhere Instanz weiterziehen werden. Allenfalls bis vor Bundesgericht. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass bis zu einer Realisierung Verzögerungen eintreten können. Dass es mit den Uferwegen vorwärts gehen soll, hat der Gemeinderat im Investitionsprogramm festgehalten. Im Jahre 2007 soll der Uferweg im Bereich des Weekendweges erstellt werden. Im Jahre 2008 ist die Verbindung Spiez - Einigen (Weidli - Tellergut - Pfrundweg) vorgesehen, wenn es nicht zu Verzögerungen kommt. In der Zwischenzeit kam noch dazu, dass die Ländte Einigen von der Schifffahrt nicht mehr angefahren wird. Dies ändert die Ausgangslage des Uferweges. Es ist klar, dass mit der BLS über die Verwendung der Ländte Verhandlungen geführt werden müssen. Danach braucht es ein nochmaliges Auflageverfahren und einen Beschluss des GGR. Diese Tatsache wird im Auge behalten. Allen Leuten recht getan, ist eine Kunst die niemand kann. Es liegt in der Sache der Natur, dass es bei einem solchen Uferschutzplan Leute gibt, die nicht zufrieden sind. Der Plan hat aber offensichtlich weite Kreise der Bevölkerung in Einigen zufrieden gestellt. Deshalb sollte man endlich mit der Uferwegverbindung Spiez - Einigen vorwärts machen.

Stellungnahme der GPK

Ursula Zybach: „Das Beste vom Möglichen“, wie dies Stefan Kocherhans richtig ausgedrückt hat, trifft auf dieses Geschäft zu. Es gibt eine lange Vorgeschichte. Die jetzige Planung scheint aber das Optimum zu sein, was herauszuholen war. Nach der Ablehnung der beiden Uferschutzpläne hat man sehr umsichtig und gut geplant. Die wenigen Einsprachen zeugen davon. Es handelt sich um eine pragmatische Lösung. Die GPK hat den Wunsch, dass für die Volksabstimmung ein übersichtlicherer Plan abgegeben wird. Gemäss alten Karten führte bereits früher ein Weg durch das Tellergut. Es wurde abgeklärt, ob aus ökologischen Gründen ein Weg durch den Wald beim Tellergut geführt werden kann. Beim Pfrundweg wird bei einer Liegenschaft der Weg quasi durch den Garten geführt. Der Landbesitzer hat aber die Parzelle gekauft, als das See- und Flussuferschutzgesetz bereits in Kraft war. Beim Häslermätteli gilt die Definition gemäss Überbauungsvorschriften (Art. 8 Abs. 3) und nicht diejenige im Realisierungsprogramm. Es ist wichtig zu wissen, dass bei Nichtgenehmigung dieses Uferschutzplanes durch den GGR und die Stimmberechtigten, das Amt für Gemeinden und Raumordnung eine entsprechende Planung vornimmt. Diese Planung würde wesentlich pingeliger sein. Rund 60 % der Realisierungskosten werden zur Zeit noch vom Kanton übernommen. Dieser Prozentsatz kann aber irgendwann geändert werden. Der Uferschutzplan ist im Finanzplan enthalten. Die GPK hat angeregt, die Ländte in die Planung miteinzubeziehen. Stefan Kocherhans hat bereits ausgeführt, dass dieses Thema aufgenommen wird. Die Ländte gehört der BLS und es sollte eine gute Lösung angestrebt werden. Die GPK ist überzeugt, dass das Geschäft gut vorbereitet ist und so genehmigt werden kann.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten

Fraktionssprecher

Keine Wortmeldungen.

Allgemeine Diskussion

Peter Kislig: Der Uferweg Einigen hat bereits in Vergangenheit für viel Gesprächsstoff gesorgt und wird auch in Zukunft für Gesprächsstoff sorgen. Persönlich ist er nicht gegen Uferschutzwege. Er hat auch die Motion Uferweg Weekendweg, Einigen, mitunterzeichnet. Im Be-

reich Pfrundweg/Tellergut gibt es Probleme mit den Eigentümern, welche sich dagegen wehren. Es wissen aber nur die wenigsten, warum sich diese gegen den Weg zur Wehr setzen. Da er selber in diesem Gebiet wohnt, kennt er die Verhältnisse bestens. Die Eigentümer des Tellergutes sind die grössten privaten Seeanstösler des Thunersees. Viele verbringen die Freizeit und die Ferien in Einigen. Beim Bootshaus, dem eigentlichen Streitpunkt, wird gebadet, gegrillt und gegessen. Genau zwischen Grillstelle und Tisch soll nun der Uferweg geführt werden, obschon es andere Möglichkeiten gäbe, welche günstiger und schöner wären. Das AGR stimmt einer anderen Wegführung nicht zu, da dies nicht dem Gesetz entspricht. Es fragt sich, ob wir uns immer alles von Bern diktieren lassen müssen. Im Gwattlischenmoos verläuft der Uferweg der Hauptstrasse entlang. Hier versteht er die Welt nicht mehr. Bei der Kreditabrechnung kann nachgelesen werden, dass nach schweren Verhandlungen den Eigentümern nachgegeben wurde, damit weitere Verhandlungen mit unvorhersehbarem Ausgang vermieden werden sollten. Ist dies Rechtsgleichheit? Das Gericht wird dies schon entscheiden. Wir sind hier alles vernünftige Leute in diesem Saal. Man soll sich einmal in die Lage der Eigentümer versetzen. Wenn man ehrlich ist, will man selber auch keinen Weg, welcher direkt durch die Küche führt. Er versteht deshalb die Eigentümer sehr gut. Wenn der Uferweg rasch realisiert werden soll, darf dem vorliegenden Projekt nicht zugestimmt werden. Sonst könnte es bis zur Realisierung noch einige Zeit gehen. Oder es könnte so kommen wie in den Kantonen Uri und Schwyz, wo die Uferschutzplanungen mangels Finanzen fallen gelassen wurden.

Beschluss (mit 26 : 8 Stimmen)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 27 c) und 40.2 der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Der Uferschutzplan Nr. 8, Einigen - Tellergut West, bestehend aus Überbauungsplan, Überbauungsvorschriften, technischem Bericht und Realisierungsprogramm wird zuhanden der Volksabstimmung vom 17. Juni 2007 genehmigt.
2. Das Ratsbüro GGR wird ermächtigt, die Urnenbotschaft abzufassen.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

106 1.401 Gemeindepräsident **Informationen des Gemeindepräsidenten**

Gerichtsstandort

Franz Arnold: Es gab Stimmen, dass sich der Gemeindepräsident und der Gemeinderat nicht für den Gerichtsstandort Spiez eingesetzt hätten. Die Gemeinde hat sich jedoch sehr wohl für einen Gerichtsstandort eingesetzt. Wer dennoch nicht überzeugt ist, kann sehr gerne die umfangreichen Unterlagen beim Gemeindepräsidenten einsehen.

Philip Zimmermann, Vertreter Jugendrat: Er teilt mit, dass er im Jahre 2007 die Möglichkeit hat, in Argentinien ein Austauschstudienjahr zu absolvieren. Deshalb ist dies vorerst seine letzte GGR-Sitzung. Er hat die Zeit im GGR immer als sehr spannend und interessant betrachtet. Er dankt für die spannenden Gespräche und Diskussionen auch nach den GGR-Sitzungen. Daniel Dunkelmann wird weiterhin als Vertreter des Jugendrates im GGR vertreten

sein. Man wird versuchen, einen zweiten Vertreter des Jugendrates zu bestimmen. Er wünscht bereits jetzt ein erfolgreiches und schönes Jahr 2007.

107 1.304 Einfache Anfragen

a) Beantwortung der EA U. Gurtner (FDP) betr. Belag Kronenplatz

Ausführungen des Gemeinderates

Klaus Brenzikofer: Die Baukommission, die Bauverwaltung und der Gemeinderat sind wie der grösste Teil der Bevölkerung enttäuscht von der Situation am Kronenplatz. Wenn bis im Frühjahr 2007 keine nachhaltigen und erfolgsversprechenden Sanierungsvorschläge auf dem Tisch liegen, müssen einige Entscheidungen gefällt werden. Es muss entschieden werden, ob der fehlerhafte Belag abgefräst und der Platz geteert werden muss. Es kann aber auch so noch Schäden geben. Ein weiterer Entscheid muss sein, ob am seinerzeitigen Beschluss, dass der Platz nicht nur eine Verkehrsfläche, sondern als gestalteter Platz dienen soll, festgehalten wird. Es müssten sich neue Gestaltungsmöglichkeiten überlegt werden. Dies wird aber nicht so einfach sein, da der Platz relativ rasch für den Spiezmärit und den Läsetsunntig freigemacht werden muss. Man kann also den Platz nicht übermässig gestalten. Man konnte wegen dieser Auflage ausser dem Belag gestalterisch nicht viel mehr erreichen auf diesem Platz. Im Frühjahr 2007 wird man weitersehen. Der GGR wird über die weiteren Schritte informiert.

Urs Gurtner zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

b) Neue Einfache Anfragen

EA Kurt von Känel (SVP) betreffend Logo Spiez

Kurt von Känel: Dem SpiezInfo vom November 2006 konnte entnommen werden, dass in Spiez ein neues Bistro mit dem Namen „Spiezeria“ eröffnet wurde. Sein erster Gedanke war, ob die Gemeindeverwaltung nun eine eigene Pizzeria hat. Kann das Logo Spiez für x-beliebige neue Geschäftsgründungen von A wie SpiezArchitekt, B wie SpiezBau, M wie SpiezMaler bis Z wie SpiezZahnarzt ohne weitere verwendet werden mit oder ohne Kostenfolge.

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold: Ein Bistro mit diesem Namen ist grundsätzlich möglich und das Logo kann so verwendet werden. Man ist jedoch daran das Corporate Identity noch auszufeuilen und zu präzisieren. Es ist im Interesse der Gemeinde Spiez, dass das Logo vielseitig und breit verwendet wird. Aber wegen dessen gehört die „Spiezeria“ nicht der Gemeindeverwaltung.

Kurt von Känel zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

EA U. Zybach (SP) betr. Umgestaltung N8, Anschluss Spiez

Ursula Zybach: Wie erfolgt die Finanzierung der beiden definitiven Kreisel bei der Autobahnausfahrt Spiezwiler?

Begründung

Dem Simmentaler Amtsanzeiger vom 5. Oktober 2006 konnte entnommen werden, dass die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern die öffentliche Planaufgabe der Anpassung des Ausführungsprojekts Anschluss Spiez (Umgestaltung Kreisel) in der Gemeinde Spiez durchführt. In der Urnenbotschaft zur Abstimmung vom 19. - 21. Mai 2006 zur Überbauungsordnung Nr. 2.21.1 Bären, ist zu entnehmen, dass die Bauherrschaft einen Beitrag an die Erschliessung leisten muss. Nun erfolgt der Bau des Kreisels vor den Bauarbeiten der Überbauung Bären und deshalb stellt sich die Frage nach dem Kostenteiler der Gemeinde mit der Firma Ammann Globalbau AG.

Ausführungen des Gemeinderates

Stefan Kocherhans: Im Sinne eines Sparauftrags wird die Einfache Anfrage sofort beantwortet. Die Finanzierung der Kreisel läuft voll über Bund und Kanton, da es sich um ein Nationalstrassenprojekt handelt. Das Tiefbauamt des Kantons Bern wird den Investoren des Bären-Areals direkt Rechnung stellen, wie dies in der Überbauungsordnung festgehalten ist. Die Gemeinde Spiez ist am Kreiselbau finanziell nicht beteiligt. Aber die Gemeinde Spiez ist vielleicht bei der Kreiselgestaltung gefordert. Auch der Mehraufwand für den Unterhalt der Kreiselgestaltung wird die Gemeinde übernehmen müssen.

Ursula Zybach zeigt sich mit der Antwort des Gemeinderates zufrieden.

108 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen**Behandlung parlamentarischer Vorstösse****Überparteiliche Motion (J. Brunner) betr. Bildung und Kultur im Fausterhaus****Ausführungen des Gemeinderates**

Franz Arnold: Das Projekt im Fausterhaus wurde vom Volk abgelehnt. Eine Motion mit 22 Unterzeichnenden wird vom Gemeinderat ernst genommen. Es ist dem Gemeinderat ein Anliegen, dass eine befriedigende Lösung gefunden werden kann. Im Rahmen der Möglichkeiten werden personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt. Bei der Motion geht es darum, den Vorstand der Bibliothek zu beauftragen, die weiteren Schritte an die Hand zu nehmen. Gegen dieses grundsätzliche Anliegen hat der Gemeinderat nichts einzuwenden.

Ausführungen der Motionärin

Jolanda Brunner: Bei der Überweisung der Motion geht es nicht darum, ob man für oder gegen eine neue Bibliothek ist. Es geht auch nicht darum, ob einem das Fausterhaus gefällt oder nicht, oder ob dieses abgerissen oder sogar abgefackelt werden soll. Das Geld in Spiez ist knapp. Es fragt sich, was wir jetzt machen wollen. Alternative kreative Lösungen sind gefragt. Die Prüfung der Stiftungsidee ist eine solche alternative Möglichkeit. Im Vorfeld wurde ausgeführt, dass es sich um eine Zwängerei handelt, wenn am Fausterhaus festgehalten und ein zusätzlicher Raum für Kultur gebaut werden soll. Wenn man aber private Geldgeber finden will, müssen gewisse Voraussetzungen erfüllt sein. Ein solches Haus mit „Caché“ findet eher Unterstützung als ein steriler Neubau. Grundsätzlich käme diese Lösung die Gemeinde günstiger zu stehen. Hier geht es um die Verfolgung einer Idee, nicht bereits um eine mögliche Realisierung. Man muss aber weiterhin die Augen offen halten für andere, vielleicht bessere Ideen. Hier sind wir alle gefordert. Veränderte Rahmenbedingungen verlangen nach neuen Vorgehensweisen. Es muss auch in Zukunft Möglichkeiten geben, etwas Neues zu gestalten.

Es kann nicht sein, nur Geld für Kanalisationen, Strassen, Renovationen und Schuldenabbau einzusetzen. Mit der Überweisung der Motion zeigt der GGR die Bereitschaft, neue Wege zu überprüfen.

Fraktionssprecher

René Knöpfel (SP): Die SP-Fraktion ist nach wie vor der Ansicht, dass der Standort Fausterhaus richtig ist. Damit auch die Schulbibliothek integriert werden kann, ist es nötig, einen Standort in der Nähe des Längensteins zu haben. Wenn das Fausterhaus für weitere Zwecke verwendet werden kann, ist dies sicherlich wertvermehrend. Das ursprüngliche Projekt ist überwiegend aus finanziellen Gründen an der Urne gescheitert ist. Die Finanzierung unter Einbezug von interessierten Kreisen erhöht die Chancen um bei einer Volksabstimmung zu bestehen. Bei den alternativen Standorten hat sich seit der Behandlung der Motion der FDP-Fraktion nichts Wesentliches geändert. Im ehemaligen Denner hat sich glücklicherweise wieder ein Einkaufsgeschäft angesiedelt. Die Motion lässt dem Gemeinderat auch nach der Überweisung noch eine Türe offen, alternative Standorte zu prüfen. Ein Haus für Bildung und Kultur, finanziell organisiert über eine Stiftung erachtet die SP-Fraktion als eine Idee, welche weiterverfolgt werden muss. Aus diesen Gründen wird die Motion unterstützt.

Urs Gurtner (FDP): Die FDP-Fraktion anerkennt die Anstrengungen des Vereins Bibliothek neue Lösungen zu finden. Man ist jedoch sehr skeptisch, ob die Errichtung einer Stiftung das Ei des Kolumbus ist. Es stellt sich die Frage, ob es neben dem Gemeindezentrum Lötschberg, dem Dorfhuis und dem Kirchgemeindehaus einen weiteren Mehrzweckraum braucht. Mit der etwas miraculösen Idee einer Stiftung hat die FDP-Fraktion etwas Mühe. Auch wenn die Investitionskosten deutlich tiefer sind, werden die Betriebskosten steigen und die laufende Rechnung belasten. Die Gemeinde als Stiftungsratsmitglied trägt das betriebliche Risiko und die finanzielle Hauptlast. Ohne Bürgschaft der Gemeinde wird sich keine kreditgebende Bank finden lassen. Das Engagement der öffentlichen Hand bleibt beträchtlich. Es ist nicht anzunehmen, dass eine erneute Volksabstimmung erfolgreich sein wird. Trotzdem verschliesst sich die FDP-Fraktion nicht gegen eine Neuauflage und wird sich der Stimme enthalten.

Allgemeine Diskussion

Urs Maibach: Er gibt zu bedenken, dass mit dieser Motion der GGR wahrscheinlich wieder wie beim Regezhaus vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Die Zeit wird knapp, wir brauchen eine neue Bibliothek. Mit dieser Motion wird jedoch ein falscher Weg beschritten.

Gerhard Schafroth: Die Möglichkeiten sind nicht sehr gross und es handelt sich um ein grosses Volumen. Bei dieser Motion geht es darum, die Stiftungsidee zu prüfen. Es ist noch nicht sicher, dass in dieser Richtung weitergeplant oder überhaupt etwas realisiert wird. Es soll abgeklärt werden, ob die Idee sinnvoll ist oder nicht.

Marianne Roe: Wir sollten eine neue Bibliothek haben. Es fragt sich aber was für eine. Wollen wir eine Bibliothek oder ein neues Begegnungszentrum. Das ursprüngliche Projekt sollte nicht erweitert werden. Das Projekt Fausterhaus wurde abgelehnt und es sollte dem Volk nicht wieder ein gleiches vorgelegt werden. Für die Volksabstimmung sollten zumindest zwei verschiedene Varianten vorgelegt werden. Es sollte zusätzlich ein einfacher, sympathischer Neubau am Standort der jetzigen Bibliothek vorgelegt werden. Die vernünftigste Lösung wäre nach wie vor das Mieten von Räumlichkeiten. Für die Schulbibliothek hätte es wahrscheinlich genügend Platz in den Schulhäusern.

Beschluss (mit grossem Mehr)

Die überparteiliche Motion (J. Brunner) betr. Bildung und Kultur im Fausterhaus wird überwiesen.

109 1.302 **Motionen, Postulate, Interpellationen** **Neueingänge parlamentarischer Vorstösse**

Motion SVP-Fraktion (P. Kislig) betr. Sanierung Schiffländte Einigen

Der Gemeinderat wird beauftragt, mit der BLS AG, Schifffahrtsbetriebe, nochmals Verbindung aufzunehmen betreffend Sanierung der Ländte in Einigen, um die Wiederaufnahme des Schifffahrtsbetriebes auf den Sommerfahrplan 2008 zu prüfen.

Begründung

Viele Bewohner der Bäuert Einigen sind empört über die Schliessung der Schiffländte, darum sieht er sich veranlasst diese Motion einzureichen. Durch einen attraktiveren Schiffsfahrplan - nicht wie jener der letzten Jahre - würden sicher auch die Benützerzahlen wieder zunehmen. Auch die touristischen Aspekte von Einigen sollten berücksichtigt werden, z.B.

- Ø Besuche mit Schiff zum Schloss Oberhofen, Schloss Spiez
- Ø Ausflug auf das Niederhorn über die Ländte Beatenbucht
- Ø Besuch der Beatushöhlen über die Ländte Sundlauenen
- Ø Der einmal durchgehende Uferweg Einigen dürfte ebenfalls zu einer Frequenzsteigerung beitragen

Nicht zu vergessen sind die ca. Fr. 80'000.-- Kurtaxengelder, die jedes Jahr von Einigen an das Tourismusbüro Spiez überwiesen werden. Ebenfalls die vielen Hochzeitsfahrten, welche ab der Ländte Einigen starten.

Finanzierung

Billigere Uferwegführung Pfrundweg - Tellergut.

All diese Aspekte sollten der Gemeinde Spiez Fr. 150'000.-- wert sein, sich voll für die Sanierung der Ländte in Einigen einzusetzen.

Der Motionär: P. Kislig + 8 Mitunterzeichnende.

Motion FDP-Fraktion (D. Lanz) betr. Finanzierung Friedhof- und Bestattungswesen

Der Gemeinderat wird beauftragt, im Friedhof- und Bestattungswesen eine vernünftige Kostendeckung auszuarbeiten. Dabei müssen die Nettokosten von derzeit rund Fr. 500'000.-- pro Jahr auf unter Fr. 250'000.-- pro Jahr gesenkt werden.

Begründung

Die Finanzlage der Gemeinde Spiez lässt kaum finanziellen Spielraum offen. Dennoch weist die Produktgruppe Friedhof- und Bestattungswesen einen Kostendeckungsgrad von spärlichen 2 - 4 % als Standard aus. Es resultiert ein unnötig hoher jährlicher Aufwandüberschuss. Diese Situation muss dringend korrigiert werden.

Die Gemeinde soll ihren Einwohnern einen pietätvollen und kostengünstigen (ev. unentgeltlichen) Standard bieten. Zusatzwünsche, die dieses Minimum übersteigen (Erdbestattungen etc.), sollen verrechnet werden.

Sowohl kostenseitig (Standard), wie auch ertragsseitig (Gebühren) müssen Korrekturmaßnahmen geprüft werden, damit eine optimale Leistung zugunsten der hier Lebenden und Verstorbenen erzielt werden kann.

Der Motionär: D. Lanz + 3 Mitunterzeichner.

Motion U. Zybach (SP) betr. Überprüfung und Anpassung Gebühren

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Wasser, Abwasser- und Abfallgebühren zu überprüfen und anzupassen. Dabei ist insbesondere dem Verursacherprinzip Rechnung zu tragen und die Berechnungen sind öffentlich zugänglich zu machen.

Begründung

Im NPM-Produkt Abwasserentsorgung, Wasser- und Kabelnetzversorgung ist bei der Abwasserentsorgung festgehalten, dass kostengünstige und langfristig eigenwirtschaftliche Anlagen und Tarife angestrebt würden und dass Leistungen und Tarife auf regional vergleichbarem Niveau zu halten seien. Gemäss den Controllingberichten gab es bisher keine massgeblichen oder erfolgreichen Beschwerden gegen die jährlichen Tarifbeschlüsse des Gemeinderates.

In einem Vergleich des Preisüberwachers, der in der Zeitschrift „Beobachter“ im Oktober 2006 publiziert wurde, wurden die Gebühren für 30 verschiedene Gemeinden berechnet, unter anderem für Thun und Köniz. Eine Berechnung mit den Zahlen von Spiez zeigt auf, dass die Gemeinde Spiez bei einem Vergleich mit den 30 berechneten Gemeinden bei den Abwassergebühren an zweit höchster Stelle stehen würde. Ein direkter Vergleich mit der Gemeinde Thun zeigt, dass die Gebühren in Spiez rund 60 % höher sind. Bei den Abfallgebühren würde die Gemeinde Spiez an 8. Stelle stehen.

Die Motionärin: U. Zybach + 10 Mitunterzeichnende.

110 1.300 Grosser Gemeinderat Wahlen

a) Kulturkommission

Ausführungen des Gemeinderates

Jacqueline von Känel: Die Zusammensetzung der Kulturkommission hat hier schon verschiedentlich zu Diskussionen geführt. Klaus Aegerter hat hier bereits aufmerksam gemacht, dass in der Kulturkommission nur Mitglieder von Vereinen vertreten sind, welche auch Geld erhalten. In der Gemeindeordnung steht, dass die Kulturkommission nicht politisch zusammengesetzt ist und die kulturellen Vereinigungen angemessen zu berücksichtigen sind. Verschiedene Leute haben ausgeführt, dass sie in der Kommission nicht vertreten sind. Die Kulturkommission hat diese Anregungen entgegen genommen und die Zusammensetzung diskutiert. Im September verabschiedete die Kulturkommission ein neues Ressortsystem. Es gibt neu verschiedene Ressorts. Die bisherigen Mitglieder der Kulturkommission werden die Ressorts betreuen. Das Thema Jugend ist nicht explizit in einem Ressort festgehalten. Jeder Ressortverantwortliche ist sich aber bewusst, dass auch an Jugendanliegen gedacht werden muss. Die Abgrenzungen sind schwierig, Beschlüsse werden aber weiterhin in der Kultur-

kommission gefällt. Anliegen können über das Sekretariat der Kulturkommission eingebracht werden.

Fraktionssprecher

Keine Wortmeldungen.

Allgemeine Diskussion

Christoph Hürlimann: Wir sprechen hier über eine Kommission der Gemeinde Spiez. Der Kulturspiegel hat sich aus der Kulturkommission zurückgezogen. Er kann jedoch nicht verstehen, dass eine Person in der Kommission vertreten ist, welche nicht in Spiez wohnt. Diese Person vertritt zwar einen Anlass, aber diese Tatsache sollte korrigiert werden.

Beschluss (einstimmig)

Als neues Mitglied der Kulturkommission wählt der Grosse Gemeinderat

- gestützt auf Art. 42 c) der Gemeindeordnung
- auf Vorschlag der Kulturkommission

Frau **Marianne Vogel Kopp**, geb. 1959, Theologin, Hondrichstrasse 87, 3702 Hondrich; Der Amtsantritt erfolgt per 1. Januar 2007; die Amtsdauer endet am 31. März 2009.

b) Ratsbüro GGR für das Jahr 2007

1. Wahl des Präsidenten GGR

Auf Vorschlag der GFL wird **Klaus Aegerter** einstimmig zum Präsidenten des GGR für das Amtsjahr 2007 gewählt.

2. Wahl des 1. Vizepräsidenten

Auf Vorschlag des FS wird **Christoph Hürlimann** einstimmig zum 1. Vizepräsidenten des GGR für das Amtsjahr 2007 gewählt.

3. Wahl der 2. Vizepräsidentin

Auf Vorschlag der SP wird **Ursula Zybach** einstimmig zur 2. Vizepräsidentin des GGR für das Amtsjahr 2007 gewählt.

4. Wahl von 2 Stimmezählern

Auf Vorschlag der SVP und der FDP werden **Peter Kislig** und **Urs Gurtner** einstimmig als Stimmezähler gewählt.

c) Geschäftsprüfungskommission

Ersatzwahl SP

Auf Vorschlag der SP wird **Astrid Thöni** einstimmig als neues Mitglied der GPK gewählt. Der Amtsantritt erfolgt per 1. Januar 2007; die Amtsdauer endigt am 31. Januar 2009.

Präsidium und Vizepräsidium GPK für das Amtsjahr vom 1. Februar 2007 bis 31. Januar 2008

1. Wahl des Präsidenten GPK

Auf Vorschlag der SVP wird **Paul Müller** einstimmig als neuer Präsident der GPK gewählt.

2. Wahl der Vizepräsidentin GPK

Auf Vorschlag der SP wird **Astrid Thöni** einstimmig als neue Vizepräsidentin der GPK gewählt.

111 8.61 Gemeindebeiträge Beiträge aus dem freien Ratskredit GGR

Sprecher des Ratsbüros

Klaus Aegerter: Das Ratsbüro GGR hat aus 26 Projekten drei ausgewählt. Dabei wurde versucht, Projekte aus verschiedenen Regionen und Schwerpunkte aus den Bereichen Ökologie, Wirtschaft und Soziales zu wählen. Der Schwerpunkt wurde auf den Bereich Frauen gelegt. Ein Anliegen war auch, Projekte zu berücksichtigen, welche Hilfe zur Selbsthilfe anbieten. Ein weiterer Punkt war, dass keine grossen Organisationen, sondern eher kleine berücksichtigt werden.

mission 21

Dieses Projekt betrifft die Stadt El Alto in Bolivien. In dieser Stadt gibt es sehr viel Arbeitslosigkeit und soziale Missstände und Spannungen. Dies führt zu Gewalt an Frauen. Es wurde deshalb ein Frauenhaus eingerichtet, welches als Auffangbecken für Frauen und Kinder dient. Das Ratsbüro beantragt, der mission 21 für dieses Projekt Fr. 10'000.-- auszurichten.

Biovision

Weltweit sterben jährlich zwei Millionen Menschen an Malaria. Die Stiftung Biovision bekämpft die Krankheit in Afrika und setzt sich mit Aufklärung, Trockenlegung von stehenden Gewässern, Bekämpfung der Mückenlarve mit Bakterien und imprägnierten Moskitonetzen gegen Malaria ein. Mit der lokalen Bevölkerung wird unter wissenschaftlichen Aspekten gearbeitet. Das Ratsbüro beantragt, der Stiftung Biovision für dieses Projekt Fr. 5'000.-- auszurichten.

Vivamos Mejor

Bei diesem Projekt soll Jugendlichen in Kolumbien eine Ausbildung ermöglicht werden. In dieser Gegend herrscht grosse Armut und Arbeitslosigkeit. Ziel wäre es, den Jugendlichen zu ermöglichen, auf eigenen Beinen zu stehen. Parallel dazu sollen die Jugendlichen in ein Drogen- und Gewaltpräventionsprojekt einbezogen werden. Es geht auch um eine längerfristige Sicherung der Existenz. So werden Kleinkredite angeboten, damit sie ihre eigene Selbständigkeit erlangen können. Das Projekt ist so aufgebaut, dass sie über fünf Jahre weiterbetreut werden. Das Ratsbüro beantragt, der Stiftung Vivamos Mejor für dieses Projekt Fr. 5'000.-- auszurichten.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Ratsbüros GGR
- gestützt auf Art. 40.1 c) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Der mission21 wird zu Gunsten der Hilfe für misshandelte Frauen in Bolivien aus dem freien Ratskredit (Kto. 011.318.03) ein Betrag von Fr. 10'000.-- bewilligt.
2. Der Stiftung Biovision wird für Projekte gegen Malaria in Afrika aus dem freien Ratskredit (Kto. 011.318.03) ein Betrag von Fr. 5'000.-- bewilligt.
3. Der Stiftung Vivamos Mejor wird für die Hilfe in Lateinamerika aus dem freien Ratskredit (Kto. 011.318.03) ein Betrag von Fr. 5'000.-- bewilligt.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Verabschiedungen

Folgende Ratsmitglieder haben per Ende 2006 ihre Demission aus dem Rat gegeben:

- Ø **Rudolf Schmid, EDU (GGR-Mitglied von 1997 - 2006)**
- Ø **Daniel Marty, SVP (GGR-Mitglied von 2001 - 2006)**
- Ø **Stefan Niklaus, SP (GGR-Mitglied von 2003 - 2006)**

Rudolf Schmid und Daniel Marty erhalten den traditionellen Tonkrug. Das Geschenk für Stefan Niklaus wird nachträglich übergeben.

Rudolf Schmid: Er freut sich nach 10 Jahren einem jüngeren Nachfolger Platz zu machen. Bei dieser Gelegenheit wird allen für die freundschaftliche und kollegiale Zusammenarbeit bestens gedankt. Es hat ihm sehr viel Hintergrundwissen gebracht. Es gab aber auch Sachen, welche ihn befremdet haben. Vor allem die Polarisierung rechts/links. Es ist klar, dass dies so ist und auch bleiben wird. Gestört hat ihn, dass gute Ansätze von links oder rechts vom gegenüberliegenden Lager aus Prinzip bekämpft wurden. Grabenkämpfe sind Machtdemonstrationen und bringen keine gute Lösungen und Kompromisse. Zukunftsvisionen werden bereits im Keime erstickt. Professor Hans Ulrich Pestalozzi schrieb in seinem Buch „La Suisse existe“: „Sind wir zukunftsfähig, diese Frage stellt sich, wo immer Weichen gestellt werden, die unsere Zukunft bestimmen. Es geht also um unsere Einstellung, unser Verhalten gegenüber der Zukunft. Steht im Vordergrund die Sorge um die eigene Person oder jene um die Gemeinschaft. Oder mit anderen Worten, woran orientieren wir uns. An dieser Stelle muss die Standortbestimmung ansetzen. Die Frage nach verbindlichen Werten steht an vorderster Stelle. Während Jahrhunderten prägte das Christentum unsere abendländische Kultur, unsere Gesetzgebung und das soziale Verhalten. Seit einiger Zeit werden diese Werte in Frage gestellt, belächelt oder als unmodern abgelehnt. Dafür greift die Unsicherheit und Orientierungslosigkeit um sich. Shareholdervalue und Selbstverwirklichung werden zu Ersatzgöttern. Und dennoch wurde die Bundesverfassung 1999 im Namen Gottes des Allmächtigen erlassen. Dieser Widerspruch muss gelöst werden, wenn wir eine konstruktive Zukunft unseres Staates wollen. Immerhin stellen wir fest, dass unter dem Schutz des christlichen Gottes gerade die Eidgenossenschaft zu einem wohlhabenden Bundesstaat geworden ist. Bei einer Kultur verhält es sich, wie bei

einer Quelle. Wenn das Wasser verunreinigt wird, ist es nicht mehr trinkbar. Wo eine Kultur durch fremde Werte geprägt wird, ist sie bedroht. Daraus kann abgeleitet werden, wo keine Visionen bestehen, lebt man in den Tag hinein und die Gefahr fremdbestimmt zu werden, liegt auf der Hand.“ In diesem Sinne wünscht er viel Freude, Mut und Visionen um die Zukunft der Gemeinde zu gestalten. Man soll offen sein für alles. Prüfet alles und das Gute setzt um.

Daniel Marty: Die Zeit im GGR war sehr lehrreich. Geblieben ist ein Votum des früheren GGR-Präsidenten Christian Nussbaum, der ausführte: „Die Wahlen sind vorbei, nun können wir politisieren für die Gemeinde Spiez und nichts anderes.“ In den letzten zwei Jahren war die Politik eher von links/rechts geprägt. Dies war eher schädlich. Er hofft, dass sich dies in Zukunft bessern wird.

Stefan Niklaus: Es hat ihm sehr gut gefallen und er ist froh um die wiedergewonnene Freizeit. Es ging immer um die Sache und nicht um Personen. Dies bringt auch die Geschäfte weiter. Es gab immer nur politische und nicht persönliche Gegner. Man ist deshalb auf dem richtigen Weg und wünscht weiterhin viel Erfolge.

Schlussworte

Klaus Aegerter: Der Vorsitzende muss nun seinen Platz räumen, damit er dort Platz nehmen kann. Er hat die Sitzungen mit seinem sicheren Auftreten geleitet und seinem souveränen Führungsstil politische Geschäfte auch über schmale Grate geführt. Er hat dies sehr kompetent und strukturiert getan. Es werden ihm für die erwähnten Weitblicke zwei Geschenke überreicht. Das eine ist ein Bildband und das andere eine Unterstützung für einen Ausflug alleine oder mit der Familie. Für seinen Einsatz wird ihm gedankt und für die Zukunft alles Gute gewünscht.

Ulrich Nyffenegger: Er übergibt die Glocke und den Ersatznerv an Klaus Aegerter. Er dankt dem Rat für die guten Sitzungen. Es war wichtig, dass fair diskutiert wurde und keine persönlichen Angriffe stattgefunden haben, obschon es heute noch gewisse Aufregungen gegeben hat. Dies ist aber legitim und hat nicht gross gestört. Er hat den Ersatznerv nicht benötigt. Er hofft, dass auch Klaus Aegerter den Ersatznerv nicht benötigen wird. Er wünscht ihm viel Glück und hofft, dass ihm die Ratsmitglieder gehorchen werden. Er dankt allen, es hat ihm Spass gemacht.

Schluss der Sitzung um 19.00 Uhr

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES

Der Präsident

Der Protokollführer

U. Nyffenegger

A. Zürcher

Spiez, 5. Dezember 2006/az

Im Anschluss an die Sitzung begibt sich der Rat zum traditionellen Aperitif in den Schlosskeller und danach zum Nachtessen ins Restaurant Bärgsunne, Hondrich.